

NomosKOMMENTAR

Münder | Meysen | Trenczek [Hrsg.]

Frankfurter Kommentar SGB VIII

Kinder- und Jugendhilfe

10. Auflage



Nomos

NomosKOMMENTAR

Prof. em. Dr. Johannes Münder | Dr. Thomas Meysen |
Prof. Dr. Thomas Trenczek, M.A. [Hrsg.]

Frankfurter Kommentar SGB VIII

Kinder- und Jugendhilfe

Dr. Janna Beckmann, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Heidelberg | **Prof. Dr. Arne von Boetticher**, Fachhochschule Potsdam | **Diana Eschelbach**, freie Referentin für Kinder- und Jugendhilferecht | **Prof. Dr. Birgit Hoffmann**, Technische Hochschule Mannheim | **Katharina Lohse**, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Heidelberg | **Dr. Thomas Meysen**, SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies, Heidelberg | **Prof. Dr. Johannes Münder**, em. Universitätsprofessor, Berlin | **Dr. Eric van Santen**, Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI) | **Gila Schindler**, Fachanwältin für Sozialrecht, Heidelberg/Berlin | **Lydia Schönecker**, SOCLES International Centre for Socio-Legal Studies, Heidelberg | **Angela Smessaert**, Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ | **Prof. Dr. Britta Tammen**, Hochschule Neubrandenburg/University of Applied Sciences | **Prof. Dr. Thomas Trenczek**, Hannover | **Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl**, Freie Universität Berlin | **Dr. Gabriele Weitzmann**, Geschäftsführerin des Bayerischen Jugendring, München



Nomos

Zitiervorschlag: FK-SGB VIII/Bearbeiter:in § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-3025-5

10. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 10. Auflage des Frankfurter Kommentars zum SGB VIII

Die Kinder- und Jugendhilfe leistet vielfältige Beiträge zur Lebenslage der Kinder, Jugendlichen, jungen Volljährigen und ihrer Familien, insbes. Förderung der Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen, präventive Unterstützung zur Förderung der Erziehung, individuelle Hilfe in Benachteiligungslagen, bei Familienkonflikten, zur Sicherung des Wohls von Minderjährigen in Kinderschutzfällen, zudem Unterstützung von jungen Volljährigen sowie von unbegleiteten geflüchteten Minderjährigen. Die in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Fachkräfte sind sich ihrer großen Verantwortung bewusst, sie haben selbst hohe Ansprüche an ihre Arbeit und sie sehen sich hohen Erwartungen ausgesetzt. Der Wunsch nach Handlungssicherheit ist daher nicht verwunderlich und oft wird eine solche „Sicherheit“ vom Recht erwartet. Auch wenn das Recht fachliche-normative Mindeststandards setzt und gleichzeitig einen verbindlichen Handlungsrahmen eröffnet, ist die Vielseitigkeit der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren unterschiedlichen Aufgaben und Problemlagen einer „klärenden“ Steuerung durch Gesetze nur begrenzt zugänglich. Hinzu kommt, dass die hoch anspruchsvolle Tätigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe allzu oft mit ungünstigen Rahmenbedingungen zu kämpfen hat, die Gesetze allein auch nicht beseitigen können.

Herausgeber und Autor:innen des Frankfurter Kommentars haben sich deshalb das Ziel gesetzt, eine rechtsdogmatisch gründliche wie sozialwissenschaftlich/sozialpädagogisch begründete Orientierung für Recht und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe zu geben, die nicht nur die Grenzen, sondern auch die Spielräume für fachliches Handeln sowie deren gesetzliche Sicherung aufzeigt.

Knapp 50 Jahre nach Erscheinen der ersten Ausgabe des Frankfurter Kommentars (zunächst von 1978 bis 1988 vier Auflagen zum JWG) behält auch die 10. Auflage des Frankfurter Kommentars zum SGB VIII ihre methodische und inhaltliche Grundorientierung bei: Den in §§ 1 und 2 SGB VIII normierten Handlungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe „zugunsten junger Menschen und ihrer Familien“ und damit die im SGB VIII liegenden Potenziale zur Verwirklichung der Rechte und Interessen von jungen Menschen und ihren Familien zu nutzen. Gleichzeitig soll Praxis, Rechtsprechung und Wissenschaft nicht nur eine juristisch hochwertige Kommentierung an die Hand gegeben, sondern auch ein Zugang zu den sozial- und humanwissenschaftlichen Bezügen der Kinder- und Jugendhilfe ermöglicht werden, denn mehr als in anderen Rechtsgebieten fließen außerrechtliche, insbesondere (sozial-)pädagogische Erkenntnisse für die Auslegung der Bestimmungen mit ein.

Professionelle Hilfe erfordert genaue Kenntnis der die Kinder- und Jugendhilfe prägenden Regelungen nicht nur des SGB VIII und der daran anschließenden landesrechtlichen Regelungen, sondern auch der „angrenzenden“ Rechtsgebiete insbes. des Sozialrechts sowie zB KKG und JuSchG, des Familienrechts (insbes. im BGB und FamFG), des Strafrechts (insbes. JGG, StGB und StPO) wie auch der internationalen (zB UN-KRK) und europarechtlichen Regelungen. Wir hoffen daher, mit dem Frankfurter Kommentar den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe ein hilfreiches Werkzeug an die Hand zu geben, um die rechtlichen Fragen und Herausforderungen im beruflichen Alltag erfolgreich zu meistern.

An der bewährten inhaltlichen und didaktischen Konzeption hält der Frankfurter Kommentar fest. Die Einleitung formuliert die Grundsätze der Kinder- und Jugendhilfe. Vorbemerkungen zu den Kapiteln und Abschnitten geben einen Überblick über das Arbeitsfeld und die entsprechende Regelungsmaterie und sollen den Zugang zu differenzierten Einzelkommentierungen erleichtern. Im Anhang I wird das KKG kommentiert. Im Anhang II findet sich eine Darstellung des sozialverwaltungsrechtlichen Verfahrens und des Rechtsschutzes, was für die rechtsstaatlich korrekte Umsetzung des materiellen Kinder- und Jugendhilferechts große Bedeutung hat.

Der Frankfurter Kommentar erscheint seit der 6. Auflage im Nomos Verlag Baden-Baden und wird seit vielen Jahren von Frau Fünier betreut, bei beiden bedanken wir uns für ihr Engagement. Wir freuen uns, dass seit dieser 10. Auflage mit Katharina Lohse und Prof.in Ulrike Urban-Stahl ausgewiesene Expertinnen das Autor:innenteam ergänzen. Ebenso bedanken wir uns bei den mittlerweile ausgeschiedenen Kommentator:innen, die uns weiterhin durch ihre Anregungen unterstützen. Über die Hinweise und Beiträge vieler Kolleg:innen, vor allem aus der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe, zur Voraufgabe haben wir uns gefreut und möchten hierfür ausdrücklich danken.

Die Kommentierung der 10. Auflage bezieht sich auf den Gesetzesstand vom Januar 2026 und berücksichtigt die seit der letzten Auflage für das SGB VIII relevanten Änderungen. Das betrifft vor allem das Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen – UBSKM-GEG (G. v. 3.4.2025, BGBl. 2025 I Nr. 107) und das Gesetz zur Abschaffung der Kostenheranziehung von

jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe (G. v. 21.12.2022, BGBl. I 2824). Ausführlich werden auch die durch das KJSG in der Praxis aufgeworfenen Fragen bearbeitet. Ungeachtet der auch dadurch notwendig gewordenen Kürzungen in anderen Bereichen bewahrt der Kommentar seine Stärken im Bereich der Kommentierung der Leistungsnormen, der Krisenintervention durch Inobhutnahme, der Finanzierung sowie den Schnittstellen zum jugend- und familiengerichtlichen Verfahren wie zu den anderen Sozialleistungssystemen.

Die Rechtsprechung und Fachliteratur wurden bis September 2025 berücksichtigt, später erschienene Quellen konnten zT in der Druckfahne noch eingearbeitet werden. Beiträge aus Fachzeitschriften werden nicht im Literaturverzeichnis, sondern nur im Text der Kommentierung mit Hinweis auf die Fundstelle (vgl. insoweit auch das Abkürzungsverzeichnis) angegeben.

Ob die Ansprüche, die wir an uns selbst gestellt haben, ob die Erwartungen der Fachöffentlichkeit an diesen Kommentar eingelöst werden, mögen Sie als Nutzer:innen bei Ihrer Arbeit mit dem Frankfurter Kommentar befinden. Über Anregungen, Hinweise, Kritik zu einer Verbesserung des Kommentars freuen wir uns.

Berlin/Heidelberg/Hannover, im Februar 2026

Johannes Münder, Thomas Meysen, Thomas Trenczek

Hinweise, Anregungen, Kritik usw. an:

Prof. Dr. iur. Johannes Münder
Berlin
jmuender@aol.com

Dr. Thomas Meysen
Heidelberg
meysen@socles.de

Prof. Dr. iur. Thomas Trenczek, M.A.
Hannover
postfach@trenczek.net

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Bearbeiterverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	15
Literaturverzeichnis	31
Einleitung	67

Erstes Kapitel Allgemeine Vorschriften

§ 1	Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe	89
§ 2	Aufgaben der Jugendhilfe	94
§ 3	Freie und öffentliche Jugendhilfe	97
§ 4	Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe	100
§ 4a	Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung	104
§ 5	Wunsch- und Wahlrecht	107
§ 6	Geltungsbereich	115
§ 7	Begriffsbestimmungen	126
§ 8	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	128
§ 8a	Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung	131
§ 8b	Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	157
§ 9	Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von jungen Menschen	162
§ 9a	Ombudsstellen	165
§ 9b	Aufarbeitung	171
§ 10	Verhältnis zu anderen Leistungen und Verpflichtungen	180
§ 10a	Beratung	200
§ 10b	Verfahrenslotse	207

Zweites Kapitel Leistungen der Jugendhilfe

Vorbemerkung zum 2. Kapitel	213
-----------------------------------	-----

Erster Abschnitt

Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

§ 11	Jugendarbeit	216
§ 12	Förderung der Jugendverbände	227
§ 13	Jugendsozialarbeit	230
§ 13a	Schulsozialarbeit	240
§ 14	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	242
§ 15	Landesrechtsvorbehalt	245

Zweiter Abschnitt

Förderung der Erziehung in der Familie

§ 16	Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie	247
§ 17	Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung	252
§ 18	Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts	273
§ 19	Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder	293
§ 20	Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen	297
§ 21	Unterstützung bei notwendiger Unterbringung zur Erfüllung der Schulpflicht	301

Dritter Abschnitt

Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

§ 22	Grundsätze der Förderung	302
§ 22a	Förderung in Tageseinrichtungen	308
§ 23	Förderung in Kindertagespflege	312
§ 24	Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege	326

Inhaltsverzeichnis

§ 24a	Bericht zum Ausbaustand der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschulkinder	345
§ 25	Unterstützung selbst organisierter Förderung von Kindern	345
§ 26	Landesrechtsvorbehalt	346

Vierter Abschnitt

Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige

Vorbemerkung zu den §§ 27 bis 41	347
--	-----

Erster Unterabschnitt

Hilfe zur Erziehung

§ 27	Hilfe zur Erziehung	355
§ 28	Erziehungsberatung	371
§ 29	Soziale Gruppenarbeit	375
§ 30	Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer	377
§ 31	Sozialpädagogische Familienhilfe	380
§ 32	Erziehung in einer Tagesgruppe	383
§ 33	Vollzeitpflege	384
§ 34	Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform	390
§ 35	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	397

Zweiter Unterabschnitt

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

§ 35a	Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung oder drohender seelischer Behinderung	400
-------	---	-----

Dritter Unterabschnitt

Gemeinsame Vorschriften für die Hilfe zur Erziehung und die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

§ 36	Mitwirkung, Hilfeplan	435
§ 36a	Steuerungsverantwortung, Selbstbeschaffung	452
§ 36b	Zusammenarbeit beim Zuständigkeitsübergang	467
§ 37	Beratung und Unterstützung der Eltern, Zusammenarbeit bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie	471
§ 37a	Beratung und Unterstützung der Pflegeperson	479
§ 37b	Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege	482
§ 37c	Ergänzende Bestimmungen zur Hilfeplanung bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie	486
§ 38	Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen	494
§ 39	Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder des Jugendlichen	500
§ 40	Krankenhilfe	511

Vierter Unterabschnitt

Hilfe für junge Volljährige

§ 41	Hilfe für junge Volljährige	514
§ 41a	Nachbetreuung	523

Drittes Kapitel

Andere Aufgaben der Jugendhilfe

Vorbemerkung zum 3. Kapitel	526
-----------------------------------	-----

Erster Abschnitt

Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

§ 42	Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen	528
------	---	-----

§ 42a	Vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise	548
§ 42b	Verfahren zur Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher	556
§ 42c	Aufnahmequote	560
§ 42d	Übergangsregelung	561
§ 42e	Berichtspflicht	562
§ 42f	Behördliches Verfahren zur Altersfeststellung	562

Zweiter Abschnitt

Schutz von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege und in Einrichtungen

§ 43	Erlaubnis zur Kindertagespflege	566
§ 44	Erlaubnis zur Vollzeitpflege	576
§ 45	Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung	583
§ 45a	Einrichtung	596
§ 46	Prüfung vor Ort und nach Aktenlage	601
§ 47	Melde- und Dokumentationspflichten, Aufbewahrung von Unterlagen	605
§ 48	Tätigkeitsuntersagung	609
§ 48a	Sonstige betreute Wohnform	612
§ 49	Landesrechtsvorbehalt	612

Dritter Abschnitt

Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren

Vorbemerkung zu den §§ 50 bis 52	613	
§ 50	Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten	626
Anhang zu § 50 – Familiengerichtliches Verfahren	634	
§ 51	Beratung und Belehrung in Verfahren zur Annahme als Kind	656
§ 52	Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	664

Vierter Abschnitt

Beistandschaft, Pflegschaft und Vormundschaft für Kinder und Jugendliche, Auskunft über Nichtabgabe von Sorgeerklärungen

§ 52a	Beratung und Unterstützung bei Vaterschaftsfeststellung und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen	689
§ 53	Mitwirkung bei der Auswahl von Vormündern und Pflegern durch das Familiengericht	692
§ 53a	Beratung und Unterstützung von Vormündern und Pflegern	696
§ 54	Anerkennung als Vormundschaftsverein	698
§ 55	Beistandschaft, Pflegschaft und Vormundschaft des Jugendamts	701
§ 56	Führung der Beistandschaft, der Pflegschaft und der Vormundschaft durch das Jugendamt	718
§ 57	Mitteilungspflichten des Jugendamts	720
§ 58	Auskunft über Alleinsorge aus dem Sorgeregister	726

Fünfter Abschnitt

Beurkundung, vollstreckbare Urkunden

§ 59	Beurkundung	729
§ 60	Vollstreckbare Urkunden	734

Viertes Kapitel

Schutz von Sozialdaten

§ 61	Anwendungsbereich	735
§ 62	Datenerhebung	771
§ 63	Datenspeicherung	781
§ 64	Datenübermittlung und -nutzung	785
§ 65	Besonderer Vertrauensschutz in der persönlichen und erzieherischen Hilfe	809
§ 66	Auskünfte aus dem Ausländerzentralregister	821
§ 67	(weggefallen)	822

§ 68	Sozialdaten im Bereich der Beistandschaft, Amtspflegschaft und der Amtsvormundschaft	822
------	--	-----

Fünftes Kapitel
Träger der Jugendhilfe, Zusammenarbeit, Gesamtverantwortung

Erster Abschnitt
Träger der öffentlichen Jugendhilfe

§ 69	Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Jugendämter, Landesjugendämter	834
§ 70	Organisation des Jugendamts und des Landesjugendamts	838
§ 71	Jugendhilfeausschuss, Landesjugendhilfeausschuss	841
§ 72	Mitarbeiter, Fortbildung	848
§ 72a	Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen	855

Zweiter Abschnitt
Zusammenarbeit mit der freien Jugendhilfe, ehrenamtliche Tätigkeit

§ 73	Ehrenamtliche Tätigkeit	868
Vorbemerkung zu den §§ 74, 77, 78a–78g: Systematik des Finanzierungsrechts in der Kinder- und Jugendhilfe		870
§ 74	Förderung der freien Jugendhilfe	878
§ 74a	Finanzierung von Tageseinrichtungen für Kinder	893
§ 75	Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe	896
§ 76	Beteiligung anerkannter Träger der freien Jugendhilfe an der Wahrnehmung anderer Aufgaben	901
§ 77	Vereinbarungen über Kostenübernahme und Qualitätsentwicklung bei ambulanten Leistungen	903
§ 78	Arbeitsgemeinschaften	912

Dritter Abschnitt
Vereinbarungen über Leistungsangebote, Entgelte und Qualitätsentwicklung

§ 78a	Anwendungsbereich	914
§ 78b	Voraussetzungen für die Übernahme des Leistungsentgelts	916
§ 78c	Inhalt der Leistungs- und Entgeltvereinbarungen	927
§ 78d	Vereinbarungszeitraum	933
§ 78e	Örtliche Zuständigkeit für den Abschluss von Vereinbarungen	936
§ 78f	Rahmenverträge	940
§ 78g	Schiedsstelle	943

Vierter Abschnitt
Gesamtverantwortung, Jugendhilfeplanung

§ 79	Gesamtverantwortung, Grundausrüstung	951
§ 79a	Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe	959
§ 80	Jugendhilfeplanung	963
§ 81	Strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen	970

Sechstes Kapitel
Zentrale Aufgaben

§ 82	Aufgaben der Länder	976
§ 83	Aufgaben des Bundes, sachverständige Beratung	978
§ 84	Jugendbericht	981

Siebtens Kapitel
Zuständigkeit, Kostenerstattung

Erster Abschnitt
Sachliche Zuständigkeit

§ 85	Sachliche Zuständigkeit	982
------	-------------------------------	-----

Zweiter Abschnitt
Örtliche Zuständigkeit

Erster Unterabschnitt
Örtliche Zuständigkeit für Leistungen

§ 86	Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an Kinder, Jugendliche und ihre Eltern	984
§ 86a	Örtliche Zuständigkeit für Leistungen an junge Volljährige	996
§ 86b	Örtliche Zuständigkeit für Leistungen in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder	997
§ 86c	Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel	998
§ 86d	Verpflichtung zum vorläufigen Tätigwerden	1001

Zweiter Unterabschnitt
Örtliche Zuständigkeit für andere Aufgaben

§ 87	Örtliche Zuständigkeit für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	1001
§ 87a	Örtliche Zuständigkeit für Erlaubnis, Meldepflichten und Untersagung	1002
§ 87b	Örtliche Zuständigkeit für die Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren	1004
§ 87c	Örtliche Zuständigkeit für die Beistandschaft, die Pflegschaft, die Vormundschaft und die schriftliche Auskunft nach § 58	1005
§ 87d	Örtliche Zuständigkeit für weitere Aufgaben im Vormundschaftswesen	1010
§ 87e	Örtliche Zuständigkeit für Beurkundung und Beglaubigung	1010

Dritter Unterabschnitt
Örtliche Zuständigkeit bei Aufenthalt im Ausland

§ 88	Örtliche Zuständigkeit bei Aufenthalt im Ausland	1010
------	--	------

Vierter Unterabschnitt
Örtliche Zuständigkeit für vorläufige Maßnahmen, Leistungen und die Amtsvormundschaft für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche

§ 88a	Örtliche Zuständigkeit für vorläufige Maßnahmen, Leistungen und die Amtsvormundschaft für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche	1011
-------	--	------

Dritter Abschnitt
Kostenerstattung

Vorbemerkung zu den §§ 89 bis 89h	1016	
§ 89	Kostenerstattung bei fehlendem gewöhnlichen Aufenthalt	1017
§ 89a	Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege	1017
§ 89b	Kostenerstattung bei vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	1019
§ 89c	Kostenerstattung bei fortdauernder oder vorläufiger Leistungsverpflichtung	1020
§ 89d	Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise	1022
§ 89e	Schutz der Einrichtungsorte	1024
§ 89f	Umfang der Kostenerstattung	1026
§ 89g	Landesrechtsvorbehalt	1028
§ 89h	Übergangsvorschrift	1028

**Achtes Kapitel
Kostenbeteiligung**

Vorbemerkung zum 8. Kapitel	1029
-----------------------------------	------

Erster Abschnitt
Pauschalierte Kostenbeteiligung

§ 90	Pauschalierte Kostenbeteiligung	1031
------	---------------------------------------	------

Zweiter Abschnitt

Kostenbeiträge für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen

§ 91	Anwendungsbereich	1041
§ 92	Ausgestaltung der Heranziehung	1047
§ 93	Berechnung des Einkommens	1058
§ 94	Umfang der Heranziehung	1067
Anhang zu § 94, Kostenbeitragsverordnung – KostenbeitragsV		1072

Dritter Abschnitt

Überleitung von Ansprüchen

§ 95	Überleitung von Ansprüchen	1077
§ 96	(weggefallen)	1079

Vierter Abschnitt

Ergänzende Vorschriften

§ 97	Feststellung der Sozialleistungen	1079
§ 97a	Pflicht zur Auskunft	1082
§ 97b	(weggefallen)	1086
§ 97c	Erhebung von Gebühren und Auslagen	1086

Neuntes Kapitel

Kinder- und Jugendhilfestatistik

Vorbemerkung zum 9. Kapitel		1087
§ 98	Zweck und Umfang der Erhebung	1089
§ 99	Erhebungsmerkmale	1091
§ 100	Hilfsmerkmale	1102
§ 101	Periodizität und Berichtszeitraum	1102
§ 102	Auskunftspflicht	1103
§ 103	Übermittlung	1104

Zehntes Kapitel

Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 104	Bußgeldvorschriften	1106
§ 105	Strafvorschriften	1107

Elfte Kapitel

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 106	Einschränkung eines Grundrechts	1108
§ 107	[aufgehoben]	1108
§ 108	Übergangsregelung	1108
Anhang I: Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)		1113
Anhang II: Sozialverwaltungsverfahren und Rechtsschutz		1147
Stichwortverzeichnis		1177
Zum Werk und zu den Autorinnen und Autoren		1243

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Janna Beckmann	§§ 5, 22–26 § 42 (gemeinsam mit Trenzcek)
Prof. Dr. Arne von Boetticher	§ 35a
Diana Eschelbach	§§ 6, 85–88a, Vor §§ 89–89h, §§ 89–89h §§ 10a, 37–37c (gemeinsam mit Schönecker) § 33 (gemeinsam mit Urban-Stahl und Struck) § 38 (gemeinsam mit Struck) § 44 (gemeinsam mit Smessaert) Vor Kap. 8 (§§ 90–97c), §§ 90–97c (gemeinsam mit Schindler)
Prof. Dr. Birgit Hoffmann	§§ 51, 52a–68 Anh. zu § 50 Familienrechtliches Verfahren (gemeinsam mit Lohse und Trenzcek)
Katharina Lohse	§§ 41, 41a (gemeinsam mit Tammen) §§ 45–49 (gemeinsam mit Smessaert und Struck) Vor §§ 50–52, § 50 (gemeinsam mit Trenzcek) Anh. zu § 50 Familienrechtliches Verfahren (gemeinsam mit Hoffmann und Trenzcek)
Dr. Thomas Meysen	Einleitung, §§ 1, 7–9, 9b, § 36a, 79a, Anh. I KKG §§ 39, 40, 79a (gemeinsam mit Tammen)
Prof. Dr. Johannes Münder	Einleitung, §§ 3, 4, Vor Kap. 2 (§§ 11–41), §§ 104, 105
Gila Schindler	§ 73, Vor § 74, §§ 74–78g Vor Kap. 8 (§§ 90–97c), §§ 90–97c (gemeinsam mit Eschelbach)
Lydia Schönecker	§§ 10, 10b, 36, 36b, 108 §§ 10a, 37–37c (gemeinsam mit Eschelbach)
Angela Smessaert	§ 9a, §§ 43, 72, 72a § 44 (gemeinsam mit Eschelbach) §§ 45–49 (gemeinsam mit Lohse und Struck)
Norbert Struck [Mitwirkung bis zur 9. Auflage]	§§ 19–21, 28, 31, 32 (gemeinsam mit Urban-Stahl) §§ 29, 30, 34, 35 (gemeinsam mit Urban-Stahl und Trenzcek) § 33 (gemeinsam mit Urban-Stahl und Eschelbach) § 38 (gemeinsam mit Eschelbach) §§ 45–49 (gemeinsam mit Lohse und Smessaert)

Prof. Dr. Britta Tammen	§ 18 § 16 (gemeinsam mit Urban-Stahl) § 17, Vor §§ 27–41, § 27 (gemeinsam mit Trenzcek) §§ 39, 40, 79a (gemeinsam mit Meysen) §§ 41, 41a (gemeinsam mit Lohse) §§ 79, 80 (gemeinsam mit Weitzmann)
Prof. Dr. Thomas Trenzcek	Einleitung, § 2, Vor Kap. 3 (§§ 42–60), §§ 42a–42f, 52, 106, Anh. II Verfahren und Rechtsschutz § 17, Vor §§ 27–41, § 27 (gemeinsam mit Tammen) §§ 29, 30, 34, 35 (gemeinsam mit Urban-Stahl und Struck) § 42 (gemeinsam mit Beckmann) Vor §§ 50–52, § 50 (gemeinsam mit Lohse) Anh. zu § 50 Familienrechtliches Verfahren (gemeinsam mit Lohse und Hoffmann)
Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl	§ 16 (gemeinsam mit Tammen) §§ 19–21, 28, 31, 32 (gemeinsam mit Struck) §§ 29, 30, 34, 35 (gemeinsam mit Trenzcek und Struck) § 33 (gemeinsam mit Eschelbach und Struck)
Dr. Eric van Santen	Vor Kap. 9 (§§ 98–103), §§ 98–103
Dr. Gabriele Weitzmann	§ 4a, §§ 11–15, 69–71, 81–84 §§ 79, 80 (gemeinsam mit Tammen)

Einleitung

I. Kinder- und Jugendhilfe in der Gesellschaft	1	a) Förderung der Entwicklung und Teilhabe junger Menschen	21
1. Junge Menschen und ihre Familien in Deutschland	4	b) Gesellschaftlicher Zusammenhalt	22
a) Kindheit	4	c) Familien-, Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik	24
b) Jugend	5	d) Bildungsauftrag	25
c) Junges Erwachsenenalter	6	II. Kinder- und Jugendhilfe im Recht	26
d) Familie und Institutionalisierung von Kindheit und Jugend	7	1. Verfassungsorganisationsrecht	26
2. Vielfalt der Lebenswelten und Lebenslagen	8	a) Gesetzgebungskompetenz	26
a) Armut	9	b) Verwaltungsorganisation	27
b) Gesundheit	10	c) Finanzierung und Finanzverfassung	29
c) Bildungsorte und -wege	11	2. Grundrechte	30
d) Einwanderungsgeschichte	12	3. Kinder- und Jugendhilfe in der Rechtsordnung	33
e) Behinderungen	13	4. Kinder- und Jugendhilfe im Sozialgesetzbuch	34
f) Geschlecht und sexuelle Orientierung	15	5. Bundesrecht und Landesrecht	35
g) Religion und Weltanschauung	16	6. Systematik und Lektororientierungen des SGB VIII	36
h) Analog-digitale Lebenswelt	17	7. Entwicklungslinien des SGB VIII	40
3. Funktionen der Kinder- und Jugendhilfe in der Gesellschaft	19	8. Zukunft des SGB VIII	41

I. Kinder- und Jugendhilfe in der Gesellschaft

Junge Menschen, Eltern und Familien sind primäre Adressat:innen der Leistungen und sonstigen Aufgaben des Kinder- und Jugendhilferechts im SGB VIII. Deshalb hat der **Charakter des Achten Buches im Sozialgesetzbuch** eine ganz spezifische Prägung. Zum einen ist es gekennzeichnet durch soziale Dienstleistungen in Abgrenzung zu monetären oder Sachleistungen (→ Rn. 36). Zum anderen nimmt es eine dezidiert mehrgenerationale, familiensystemische Perspektive ein, unterscheidet sich damit von den strikt auf einzelne Personen bezogenen Leistungen etwa des SGB IX oder der Sozialversicherungen in SGB V und SGB XI. Über den generationenübergreifenden Zugang kommt neben der Leistungsorientierung auch der Schutzauftrag mit den spezifischen aus dem sog. staatlichen Wächteramt des Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG abgeleiteten Aufgaben ins Spiel (→ § 2 Rn. 5). Der fachliche Schwerpunkt des SGB VIII liegt in der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik und Frühpädagogik. Regelungsgehalt der Vorschriften des SGB VIII sind mit diesen Charakteristika untrennbar verknüpft und fließen in die Auslegung des Rechts ein.

Mit den vornehmlich personenbezogenen Dienstleistungen (→ Rn. 36) des SGB VIII dringt die Kinder- und Jugendhilfe in die Privatheit von Familie, Kindheit, Jugend und jungem Erwachsenenalter ein (→ Rn. 30 ff.). Mit Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe geht ein „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ einher.¹ Die Erfüllung der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wird überwiegend finanziert aus öffentlichen Geldern. Die **Ausgaben der öffentlichen Hand für die Kinder- und Jugendhilfe** betragen im Jahr 2023 71,9 Mrd. EUR.² Dies ist mehr als eine Verdreifachung im Vergleich zum Jahr 2006 (20,9 Mrd.) und deutlich mehr als eine Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 2010 (28,9 Mrd.). Der mit Abstand größte Anstieg der Kosten ist im Bereich der Kindertagesbetreuung zu verzeichnen (plus ca. 400 % seit 2006 auf 48,8 Mrd.). In den Hilfen zur Erziehung betrug der Anstieg fast 200 % (auf 16,8 Mrd.) und bei den sonstigen Aufgaben ca. 30 % (auf 4,4 Mrd.).³ Bei der Verteilung im föderalen System fallen rund 85 % der Ausgaben bei den Kommunen, rund 12,5 % bei den Ländern und 2,5 % beim Bund an.⁴ Ein solches Ausgabenaufkommen und eine solche Einmischung in grundrechtssensible Lebensbereiche bedürfen der gesellschaftlichen und verfassungsrechtlichen **Legitimation**. Diese findet der rechtliche Rahmen des SGB VIII in Art. 1 Abs. 1 und Art. 6 GG (→ Rn. 31 ff.) sowie in § 1 (→ § 1 Rn. 9 ff.).

1 11. KJB, BT-Drs. 14/8181, 27 ff.

2 Schayani et al. KomDat 3/2025, 32.

3 Schayani et al. KomDat 3/2025, 32.

4 Etwa BMAS 2023.

- 3 Wesentliche Grundlage für informierte gesetzgeberische Entscheidungen bei der Gestaltung und Weiterentwicklung bezieht das SGB VIII aus einer **aussagekräftigen Datenlage** über die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Deutschland.⁵ Im Jahr 2024 lebten in Deutschland rund 83,6 Mio. Einwohner:innen, davon rund 14 Mio. (16,7 %) **Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren** sowie 2,45 Mio. (2,9 %) **junge Volljährige** im Alter zwischen 18 und noch nicht 21 Jahren.⁶ Die **Familie** ist idR für Kinder die erste (primäre) und zunächst wie auch für die meisten Jugendlichen wichtigste Sozialisationsinstanz.⁷ Von den Familien mit Kindern im Alter unter 18 Jahren hatten im Jahr 2019 insges. 3.197.000 (39 %) einen Migrationshintergrund (→ Rn. 12).⁸ Die **Geburtenrate** lag im Jahr 2024 bei durchschnittlich 1,35 Kindern je Frau, was dem europäischen Durchschnitt entspricht; das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes lag für Mütter bei 30,4 Jahren und für Väter bei 33,3 Jahren.⁹ Die Ehe hat als Institution ihre bindende Kraft verloren: Von 1950 bis 2024 hat die Zahl der Eheschließungen pro 1.000 Einwohner:innen von 11,0 auf 4,2 abgenommen; **Familien** mit verheirateten Eltern sind mit ca. 70 % zwar nach wie vor die größte Gruppe, aber die Zahl der unverheirateten Paare mit Kindern hat sich von 1950 bis 2020 mehr als verdoppelt (von 4,8 % auf 11,5 %).¹⁰

1. Junge Menschen und ihre Familien in Deutschland

a) Kindheit

- 4 Das Aufwachen der Kinder (§ 7 Abs. 1 Nr. 1)¹¹ in die Gesellschaft verläuft in sehr unterschiedlichen Bahnen, Familien (→ Rn. 7), vielfältigen Institutionen und Lebenslagen (→ Rn. 8 ff.). Seit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) und Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK) im Jahr 2005 (→ Rn. 40) hat die Altersphase der frühen Kindheit in der **Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege** gesteigerte Aufmerksamkeit erfahren. Mit den kurz darauf einsetzenden Landesinitiativen zu **Frühen Hilfen** und dem Aufgreifen des Bundes mit der Gründung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen im Jahr 2008 sowie der gesetzlichen Verstärkung im Bundeskinderschutzgesetz zum Jahr 2012 (→ Rn. 40) wurden zwei Megathemen der Kinder- und Jugendhilfe gesetzt.¹² Nicht im Fokus der Aufmerksamkeit standen die Kinder ab dem Alter von drei Jahren, für die bereits im Jahr 1998 der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bundesweit in Kraft getreten war (→ Rn. 40). Für die als „**Lückekinder**“¹³ bezeichneten Schulkinder bis zum Alter von 13 Jahren gab es vereinzelte Vorstöße, ihnen mehr fachpolitische Aufmerksamkeit zu ermöglichen,¹⁴ die weder in Politik und Praxis noch im SGB VIII einen Widerhall gefunden haben.

b) Jugend

- 5 Die **Altersphase der Jugend**, also in der rechtlichen Eingrenzung die Altersgruppe derjenigen, die 14 und noch nicht 18 Jahre alt sind (§ 7 Abs. 1 Nr. 2),¹⁵ hat in Reaktion auf den politischen Fokus auf die frühe Kindheit (→ Rn. 4) ihre zentrale Stellung in der Kinder- und Jugendhilfe wieder gesichert. Das Bundesjugendkuratorium fordert bereits im Jahr 2009 eine Neupositionierung der Jugendpolitik, fordert ressortübergreifende Zusammenarbeit und ein Jugendmonitoring.¹⁶ Die Bundesregierung reagiert, legt das Programm „**eigenständige Jugendpolitik**“ auf, in dessen Zentrum das Bemühen steht, allen Jugendlichen attraktive gesellschaftliche Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen.¹⁷ Die Vernetzung der Leistungssysteme in allen Altersphasen nach dem Vorbild der Frühen Hilfen unter

5 Hierzu insbes. die Kinder- und Jugendberichte (→ § 84 Rn. 2) der Bundesregierung (zuletzt 15. KJB 2027/BT-Drs. 18/11050; 16. KJB 2020/BT-Drs. 19/24200 und 17. KJB 2024/BT-Drs. 20/12900) sowie einige der sog. Jugendstudien zB Calmbach et al. 2024; Shell 2024, zusammenfassend Trenczek/Schmoll 2024, Kap. 2.1 (S. 35 ff.).

6 Statistisches Bundesamt o.J.a.; Statistisches Bundesamt (Destatis) Stand 16.1.2026; zu den Altersstufen im Recht s. Trenczek et al. 2024, 877 ff.

7 Zur Familie als Sozialisationsinstanz während der Jugend zB Quenzel/Hurrelmann 2022, 136 ff.

8 Statistisches Bundesamt 2020a.

9 Statistisches Bundesamt 2025.

10 Statistisches Bundesamt o.J.b.

11 Braches-Chyrek/Röhner et al. 2022; Bühler-Niederberger 2022; Jenni 2024.

12 So Smessaert/Münder Widersprüche H. 109 (2008), 25 ff.

13 Friedrich et al. 1989.

14 Etwa Gulde et al. KJuG 2016, 43; Steinicke et al. KJuG 2016, 49.

15 Hierzu Calmbach et al. 2024; Hasselhorn/Heuer/Schneider 2024; Kessels 2013; Sander/Witte 2018; Scherr/Bauer 2024; Thiersch 2025.

16 Bundesjugendkuratorium 2009.

17 Zu einer ersten Positionierung AGJ 2011.

dem Stichwort **Präventionsketten** wird diskutiert.¹⁸ Im Jahr 2014 starten die IGfH und die Universität Hildesheim ein Projekt zum Aufbau von Selbstvertretungsstrukturen der **Careleaver:innen**,¹⁹ mit ersten durchschlagenden Erfolgen bei der Beteiligung an der Politikgestaltung auf Bundes-, Landes- und teilweise auch kommunaler Ebene. Der 15. Kinder- und Jugendbericht „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ (2017) stellt anknüpfend an die **Lebenswelten** von Jugendlichen sozialpolitische Forderungen unter der Überschrift „Jugend ermöglichen“ auf.²⁰ Doch erst mit dem KJSG (→ Rn. 40) hat der Gesetzgeber des SGB VIII im Jahr 2021 einige der Initiativen aufgegriffen, fordert altersgruppenübergreifend zur Koordination der Hilfen im Sozialraum auf (→ § 10a Rn. 7, → § 36a Rn. 38, → § 80 Rn. 15) und regelt die Förderung der Selbstvertretung (→ § 4a Rn. 6). Der 17. Kinder- und Jugendbericht (2024) grenzt sich von einem einseitig problemorientierten Blick auf Jugend ebenso ab, vermeidet plakative Beschreibungen und Verallgemeinerungen und betrachtet Jugend als Lebensphase, gekennzeichnet von Entgrenzung, Entstrukturierung und Pluralisierung.²¹ Doch auch bei einer veränderten Fokussierung der KJH insbes. auf Kita-Ausbau (→ Rn. 11), Bildung (→ Rn. 25 ff.) und Inklusion (→ Rn. 14 u. 41) darf der Blick auf die schwierigen Lebenslagen und Belastungen vieler junger Menschen, insbes. auch, wenn sie sich abweichend (Devianz), mitunter mehrfach auffällig und strafrechtlich relevant (Delinquenz, Drogen und Sucht) verhalten (→ § 52 Rn. 15 f.), nicht verloren gehen.

c) Junges Erwachsenenalter

Die Altersgruppe des jungen Erwachsenenalters ist bei Diskursen zum Jugendalter oft mit umfasst. Das SGB VIII nimmt ausdrücklich die jungen Volljährigen bis noch nicht 27 Jahre in den Blick (§ 7 Abs. 1 Nr. 3). Auch wenn stetig Steigerungen über den Inflationskosten bei den Ausgaben für Hilfen für junge Volljährige zu verzeichnen sind,²² werden jungen Volljährigen mancherorts Rechtsansprüche auf Leistungen zumindest bei Erstgewährung nach Eintritt der Volljährigkeit nicht selten verwehrt; mitunter können sie offenbar nur aus Anlass eines Jugendstrafverfahrens mit SGB VIII-Leistungen rechnen (→ § 52 Rn. 12).²³ Das Bundesjugendkuratorium weist darauf hin, dass sich im jungen Erwachsenenalter nachhaltig entscheidet, wie sich die junge Generation in unserer Gesellschaft auf ganz unterschiedlichen Ebenen positionieren und ihren Platz finden kann.²⁴ Anhand einer differenzierten Darstellung von Lebenslagen und Lebensbereichen wird ein umfangreicher politischer Forderungskatalog aufgestellt.²⁵ Die Phase der sog. **Verselbstständigung**²⁶ im Sinne einer Übernahme von soziokultureller, ökonomischer und politischer Verantwortung als auch der Selbstpositionierung im Sinne einer Suche nach dem Platz in der Gesellschaft bezüglich politischer Richtung, sexueller Orientierung, Beziehungs- und Familienbild usw. bleiben den jungen Menschen hingegen weitgehend selbst überlassen bzw. bedürfen der Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe, um mit einer Individualisierung der Lebensphase nach Volljährigkeit nicht in einer Überforderung zu landen.²⁷ Der Initiative der **Careleaver:innen** ist zu verdanken, dass mit dem KJSG (→ Rn. 40) die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe nach einer Beendigung von individuellen Leistungen auch im jungen Erwachsenenalter für einen „angemessenen Zeitraum“ ihre Fortsetzung findet (→ § 41a Rn. 4) und zum Abbau der Benachteiligungen die Anerkennung eines rechtskreisübergreifenden Rechtsstatus Careleaver:innen erfordern würde.²⁸ Ansonsten handelt es sich vor allem um ein (sozial)rechtliches Querschnittsthema, bei dem eine Vielzahl von Rechtskreisen jenseits des SGB VIII betroffen sind.²⁹

18 Lohse et al. 2026; Fischer 2025; Meysen et al. 2025; Lohse et al. 2017.

19 Sievers/Thomas 2016. Mit dem Begriff „Careleaver:in“ werden junge Menschen bezeichnet, die insbes. in stationären Hilfen gelebt haben und nun das Leistungssystem der KJH verlassen; hierzu BT-Drs. 19/26107, 42 ff. u. 91 ff.; AGJ 2014b; Ehlke 2020; Erzberger et al. 2019; Sievers/Thomas/Zeller 2015.

20 15. KJB (2017), BT-Drs. 18/11050, 47 ff.

21 17. KJB (2024), BT-Drs. 20/12900, 146.

22 Schayani et al. KomDat 2025, 32 (37).

23 Vgl. Heinz ZJJ 2017, 115 ff.; Lüders ZKJ 2015, 364 ff.; Nüsken ZJJ 2017, 134 ff.

24 17. KJB (2024), BT-Drs. 20/12900, 154.

25 Bundesjugendkuratorium 2020.

26 Zu einer Weitung der Perspektive Bundesjugendkuratorium 2020; Hurrelmann/Quenzel 2013, 19 ff.

27 Umfassend zur Lebensphase Jugend siehe 15. KJB (2017).

28 Careleaver e.V. 2024.

29 Bundesjugendkuratorium 2020, 46 f.; Meysen et al. 2020.

d) Familie und Institutionalisierung von Kindheit und Jugend

- 7 Der Lebensort Familie ist elementar für ein förderliches Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und lenkt damit den Blick auf die notwendig (familien)systemische Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe des SGB VIII (→ Rn. 1). **Familie** ist aus rechtlicher Perspektive **Institution**³⁰ (→ Rn. 31) und gleichzeitig **Lebensrealität** und ist weiterhin wesentlich für das Wohlbefinden von jungen Menschen.³¹ Familie konstituiert sich nicht schon über Verwandtschaftsverhältnisse, sondern erst in der gelebten sozialen Wirklichkeit.³² Das familiäre Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern ist vielfältig. Unterschieden werden können biologische und soziale Familienverhältnisse, Kern- und erweiterte Familien, Zwei-, Mehreltern- und Alleinerziehendenfamilien, zusammen- und getrennt lebende Familien, Regenbogen-, Stiefeltern- und Patchworkfamilien, Herkunfts- und Pflegefamilien etc. Familienkonstellationen können zudem konsekutive, partielle oder vorübergehende sein. Das SGB VIII trägt dem Rechnung und bezieht Eltern, Geschwister und weitere Bezugspersonen in vielfältiger Weise als Leistungsberechtigte bzw. Adressat:innen in die Angebote mit ein und erkennt in seiner **familiensystemischen Ausrichtung** Elternschaft und Erziehung als Anlass für Beratung und Unterstützung ausdrücklich an. Das ist gerade dann von besonderer Bedeutung, weil die Familie nicht immer nur fördernd und unterstützend wirkt, sondern mitunter (auch aufgrund oder verstärkt durch die Lebenslagen → Rn. 8 ff.) auch einen Risikofaktor darstellt.³³ Freilich ist die Familie nicht die einzige Sozialisationsinstanz: Mit zunehmendem Alter findet das Leben junger Menschen auch außerhalb der Familie statt und erfährt eine zunehmende, vielfältige **Institutionalisierung**.³⁴ Neben die und an die Stelle der Familie treten andere öffentliche und/oder private Erziehungs- und Beziehungssysteme, Kindertagesstätten, Schulen und andere Bildungsorte (→ Rn. 12), Freizeit- und Sportgruppen, (offene) Angebote der Kinder- und Jugendhilfe (→ Rn. 19 ff. sowie die einzelnen Kommentierungen zu den §§ 11 ff.), Schulfreund:innen, Peers und Gruppen mit unterschiedlichen Formalisierungsgraden. **Peers, Cliques und Szenen** (mitunter gewachsener Jugendkulturen) können gerade auf junge Menschen einen großen Einfluss haben.³⁵ Die Fachkräfte der KJH müssen die institutionellen wie informellen Bezüge wie die Vielfalt der Lebenswelten junger Menschen und ihrer Familien in ihrer Arbeit nicht nur wahr- und ernstnehmen, sondern können diese bei der Gestaltung der Zugänge und Kooperationsbezüge auch aktiv nutzen.

2. Vielfalt der Lebenswelten und Lebenslagen

- 8 **Kindheit** und **Jugend** bezeichnen – unabhängig von der gesetzlichen Definition (§ 7) – eigenständige Lebensphasen, die geprägt sind durch besonders dynamische und mitunter widersprüchliche biologische, psychologische und soziale Prozesse sowie vom Stand und der Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft. Besonders erkennbar wird dies bei der **Verlängerung und Wandlung der Lebensphase Jugend**, die mittlerweile weit über die Beendigung der Zeit der Schul- bzw. Ausbildung (→ Rn. 5 f.) bis in die dritte Lebensdekade ausgeweitet hat.³⁶ Sie ist damit keine Übergangsphase, sondern Ausdruck einer eigenständigen Lebensphase. Für junge Menschen bringt das Aufwachen tiefgreifende Veränderungen mit sich. Kindheit und Jugend wird dabei wesentlich nicht nur durch die (biologisch-psychologische) Entwicklung und das familiäre Umfeld, sondern auch durch die Lebenslagen und -umstände beeinflusst. Gesellschaftliche Muster, Einflüsse und Verortungen führen zu einer **Vergesellschaftung** des Aufwachsens.³⁷ Die Bewältigung der als **Entwicklungsaufgaben**³⁸ bezeichneten kulturell und gesellschaftlich vorgegebenen Erwartungen und Herausforderungen unterscheidet und verändert sich je nach individuellen Lebenslagen und -welten.³⁹ In der **Vielfalt der Lebenswelten und Lebenslagen** zählen zu den Faktoren, welche die Entwicklungsaufgaben mitprägen können, unter anderem Armut

30 Dethloff 2022, § 1 Rn. 16.

31 Deutsche Shell 2015, 2019 und 2024, 20; Albert/Quenzel et al. 2024; zusammenfassend Trenzcek/Schmoll 2024, 47 ff.

32 Jurczyk 2020, 28 ff., 49 ff.

33 Zur innerfamiliären/häuslichen Gewalt bzw. Gewalt in der Erziehung und von der kriminogenen Relevanz eigener Gewalterfahrungen s. Trenzcek/Schmoll 2024, 48 f.

34 Hierzu Betz et al. 2018; Nentwig-Gesemann et al. 2016; Kessel/Richter ZSE 1/2021, 10 ff.; Scherr/Bauer 2024, 1 ff.

35 Zusammenfassend Trenzcek/Schmoll 2024, 50 ff. mwN.

36 Quenzel/Hurrelmann 2022; Münder et al. 2020, Kap. 2 Rn. 8 mwN; Sander/Witte 2018; zusammenfassend Trenzcek/Schmoll 2024, Kap. 2.1, 35 ff.

37 Geulen 1977; vgl. Münder et al. 2020, Kap. 2 Rn. 18; Sander/Witte 2018.

38 Havighurst 1948/1972, 43 ff.; vgl. auch das Lebensphasenkonzept sowie das Modell der produktiven Realitätsverarbeitung von Hurrelmann 2012 u. 2015.

39 Thiersch 2020, 44 ff.

(→ Rn. 9 f.), die Bildungsorte und -wege (→ Rn. 11), das Vorliegen oder Fehlen einer Einwanderungsgeschichte (→ Rn. 12), das Leben mit Behinderungen (→ Rn. 13), das Geschlecht und die sexuelle Orientierung (→ Rn. 15) sowie die Bedeutung von Religion und Weltanschauung (→ Rn. 16).

a) Armut

Armut hat nicht nur eine materielle Dimension, sondern von Armut betroffene junge Menschen haben auch schlechtere Entwicklungs-, Bildungs- und Teilhabechancen. Familien mit Kindern, insbes. Alleinerziehendenfamilien, sind in Deutschland besonders von finanziell prekären Lebenssituationen und Armut betroffen.⁴⁰ Im Jahr 2024 waren 15,2 % der unter 18-Jährigen armutsgefährdet, also rund 2,2 Mio. Kinder und Jugendliche.⁴¹ Besonders häufig sind dabei Kinder und Jugendliche in **Alleinerziehendenfamilien**, Kinder mit Eltern mit Behinderungen und/oder psychischer Erkrankung bzw. Suchtmittelabhängigkeit, Kinder von Geflüchteten oder von Eltern in Strafhaf betroffen.⁴² Armut hat allerdings nicht nur eine materielle Dimension, sondern hat auch Auswirkungen auf Bildungs- und Teilhabechancen sowie Gesundheit.⁴³ 9

b) Gesundheit

In vielfacher Hinsicht besteht ein enger Zusammenhang zwischen der **sozialen Lage und der Gesundheit** von Kindern und Jugendlichen.⁴⁴ Familien in prekären Lebenslagen haben ein höheres Gesundheitsrisiko als Familien mit durchschnittlichem Einkommen, teilweise können sie sich notwendige ärztliche Behandlungen, die nicht vollständig von der Krankenversicherung bezahlt werden, nicht leisten. Vor allem die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist mittlerweile in einer gefährlichen Phase. Die zT ausgrenzenden Erfahrungen und Einschränkungen der Corona-Pandemie⁴⁵ und die weltweiten Krisen (insbes. Klimawandel, Krieg in Europa) und Sorgen (auch der Erwachsenen) wirken sich auf Kinder und Jugendliche besonders belastend aus. Zwar zeigt sich ein großer Teil der jungen Menschen (mit den entsprechenden Ressourcen) auch insoweit über Erwarten resilient, es gibt in dieser Altersgruppe allerdings mittlerweile deutlich mehr (behandlungsbedürftige) Ängste und Depressionen, mehr Einsamkeitserfahrungen und Hoffnungslosigkeit, mehr psychische Auffälligkeiten und Akutvorstellungen in der KJP als in vorpandemischen Zeiten.⁴⁶ Kinder psychisch kranker Eltern sind besonders gefährdet, selbst psychisch zu erkranken.⁴⁷ Das psychische Wohlergehen von jungen Menschen ist mehr als ein reines Gesundheitsthema, vielmehr sind damit neue Herausforderungen auch in der sozialpädagogischen Arbeit der KJH verbunden.⁴⁸ Ein weiteres, schon eher traditionelles gesundheitliches Risiko für junge Menschen und Herausforderungen für die KJH sind verbunden mit dem problematischen Konsum legaler Drogen (Nikotin, Alkohol, Medikamente) oder illegaler Drogen.⁴⁹ 10

c) Bildungsorte und -wege

So gehört Bildung in der Trias mit Betreuung und Erziehung zur frühen Förderung (→ § 22 Rn. 18 ff.). Am 1.3.2025 wurden in Westdeutschland 34,5 % der Kinder im Alter unter 3 Jahren und in Ostdeutschland 54,9 % der Kinder in einer Kita oder in Kindertagespflege gefördert und vom dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt 94,3 % bzw. 98,2 %.⁵⁰ Die Bildungsbeteiligung unterscheidet sich erheblich, je 11

40 BMFSFJ 2023; Middendorf/Parchow 2024; Schlimmbach/Guglhör-Rudan et al. DJI-Impulse (Nr. 134) 1/2024, 40 ff.; Trenzcek/Schmoll 2024, 56 ff.

41 Statistisches Bundesamt 2025.

42 BMFSFJ 2023; BMFSFJ 2021b.

43 Bundesregierung 2021.

44 Zum Zusammenhang von sozialer Lage und der Gesundheit, vgl. BMAS 2021 und 2013, 138 ff.; Dorau 2004, 77 f.; Lampert et al. 2016; zusammenfassend Trenzcek/Schmoll 2024, 67 ff. mwN.

45 Hierzu Chabursky/Winklhofer 2023; Habich 2024.

46 22 % der im Herbst 2023 befragten jungen Menschen zwischen 7 und noch nicht 21 Jahren berichten von eingeschränkter Lebensqualität und psychischen Belastungen, das sind 1,5-mal so viele wie vor der Pandemie. Ausführlich zu den aktuellen Ergebnissen der sog. Copsy-Studie "Youth Mental Health in Times of Global Crises: Evidence From the German Longitudinal COVID-19 and Psychological Health Study" Kaman/Devine et al. Journal of Adolescence Health vol. 77/6, Dec. 2025, 1050–1057; vgl. Ravens-Sieberer et al. Journal of Adolescent Health, 2022, 570 ff.; Berngruber/Steiner 2024, 18 ff.

47 Schunke DJI-Impulse (Nr. 134) 1/2024, 16 ff. mwN.

48 Hasenbein/Seckinger DJI-Impulse (Nr. 134) 1/2024, 20 ff.

49 Dreißigacker et al. 2023, 106 ff.; Krieg et al. 2020, 89 ff.; zusammenfassend Trenzcek/Schmoll 2024, 69 ff. mwN.

50 Statistisches Bundesamt 2025.

nachdem, ob die Kinder einen Migrationshintergrund (→ Rn. 12) haben oder nicht. Ab dem Schuleintritt ist die **institutionalisierte schulische Bildung** zentraler Sozialisations- und Lebensort für Kinder und Jugendliche. Schulerfolg und Schulabschluss sind in Deutschland sehr stark von der sozialen Herkunft und dem Bildungsstand der Eltern abhängig. Zwischen **ungleichen Bildungschancen** und sozioökonomischen Risikolagen gibt es deutliche Querverbindungen. Diese sind seit langer Zeit ebenso bekannt wie politisch vernachlässigt. **Bildungsbezogene Risikolagen** bestehen insbes. in Familien mit Mitgliedern mit Migrationshintergrund und in Alleinerziehendenfamilien.⁵¹ Im Schuljahr 2023/2024 waren es insgesamt 594.905 Schüler:innen mit einem **sonderpädagogischen Förderbedarf** erfasst. Der Anteil ihrer Beschulung an allgemeinen Schulen lag bei 44 %, während 56 % auf Förderschulen ging.⁵² Aufgaben der KJH ergeben sich im Zusammenhang damit, dass eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Jugendlichen die Schule **schwänzt** oder sogar längerfristig den Schulbesuch verweigert (Schulabsentismus). Ca. 6 bis 7 % der Jugendlichen verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss.⁵³ Junge Menschen ohne Schulabschluss, die im **Übergangs- und Aufgangssystem** von außerbetrieblichen Ausbildungsstätten landen, müssen in ihrem Verselbstständigungsprozess von der KJH zumindest mit Hilfen zur Erziehung, Hilfen für junge Volljährige oder Schul- und Jugendsozialarbeit begleitet werden.

d) Einwanderungsgeschichte

- 12 Die Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft oder einer Minderheit bzw. ein sog. **Migrationshintergrund** sind Faktoren mit erheblicher Relevanz für junge Menschen und ihre Familien und damit auch für die Kinder- und Jugendhilfe. Der Anteil junger Menschen im Alter bis 25 Jahren mit Migrationshintergrund lag im Jahr 2017 bei 34 %, bei den unter 5-Jährigen waren sogar 39 %. In **Westdeutschland** wiesen dabei 37 % (6,4 Mio.) einen Migrationshintergrund auf, in **Ostdeutschland** (ohne Berlin) hingegen nur 13 % (0,3 Mio.) dieser Altersgruppe. Durch die Zuwanderung in den Jahren 2015/16 mit der deutschlandweiten Verteilung geflüchteter Menschen war hier der Anteil gestiegen.⁵⁴ In Bezug auf die familialen Lebensformen lebten (2020) junge Menschen mit Migrationshintergrund häufiger bei verheirateten Eltern als diejenigen ohne Migrationshintergrund (80,5 % zu 69,6 %); außerdem wachsen Kinder mit Migrationshintergrund seltener als Einzelkind auf (24,7 % zu 34,6 %).⁵⁵ Im Jahr 2023 waren ca. ein Drittel der 1.269.545 nach Deutschland migrierten Menschen unter 25 Jahren (32,6 %), davon 14,5 % unter 18 Jahren. Die Forschung weist auf einen migrationssensiblen Umgang der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren Adressat:innen hin.⁵⁶ In den Statistiken nach § 8a tauchen Kinder mit und ohne Migrationshintergrund ihren Verhältnissen in der Bevölkerung entsprechend auf.⁵⁷ Das Regelungswerk des SGB VIII kulturalisiert junge Menschen und ihre Familien nicht, fordert lediglich zur Berücksichtigung kultureller Bedürfnisse auf und ordnet die besonderen Lebenslagen nach Flucht und Einwanderung den übergeordneten Zielen der selbstbestimmten Interaktion sowie gleichberechtigten Teilhabe zu (§ 1 Abs. 3 Nr. 2; → 1 Rn. 15). Bei **unbegleitet geflüchteten Kindern und Jugendlichen** wird die Einwanderungsgeschichte explizit aufgegriffen, indem ein Primat der Kinder- und Jugendhilfe postuliert wird (→ 42 Rn. 16, § 42a Rn. 2), das weltweit seinesgleichen sucht.⁵⁸

e) Behinderungen

- 13 Familien mit Kindern mit Behinderungen sind in Deutschland noch weitgehend unsichtbar. Bei einer Zahl von ca. 600.000 **jungen Menschen mit Behinderungen** (3,6 % im Alter von 0 bis 25 Jahren),⁵⁹ davon rund 240.000 mit anerkannter Schwerbehinderung mit einem Schweregrad von mindestens 50 %, ⁶⁰ verdient der weiße Fleck der Farbgebung. So sind junge Menschen im Alter bis 25 Jahren mit Behinderungen mehr als doppelt so oft krank wie junge Menschen im gleichen Alter ohne Behinderungen. So waren etwa in den letzten vier Wochen vor der Befragung 21,9 % der jungen Menschen

51 Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024, 6.

52 Statistisches Bundesamt 2025.

53 Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2024, 146.

54 DJI 2020, 7; Trenzcek/Schmoll 2024, 78 ff. (zB bei den 0–5-Jährigen über 40 %, bei den bis 10-Jährigen knapp 40 %, den bis 15-Jährigen 38,2 % sowie bei den bis 20-Jährigen 35,5 %).

55 DJI 2020, 51.

56 Jagusch ua 2012; Trenzcek/Schmoll 2024, 78 ff.

57 De Paz Martínez/Artz 2017.

58 Skivenes et al. 2014; Trenzcek/Achterfeld et al. 2023, Kap. 4.3, 399.

59 Statistisches Bundesamt 2020b.

60 Statistisches Bundesamt 2024.

mit Behinderungen krank im Vergleich zu 9,2 % bei jungen Menschen ohne Behinderungen. Das Verhältnis bei **Erkrankungen** mit einer Dauer von über einem Jahr liegt bei 8,4 % zu 0,2 %.⁶¹ Erfasst werden die Familien mit ihren Kindern mit Behinderungen bislang nur über **Eingliederungshilfen** direkt an die jungen Menschen, nicht aber über die Perspektive der Unterstützung für die Familie. In der Kinder- und Jugendhilfestatistik wurden im Jahr 2023 insges. 143,7 von 10.000 der 6- bis 18-Jährigen Leistungen nach § 35a gewährt.⁶² Bislang fehlen Angaben zu Familien, in denen Kinder mit Behinderung leben. In den Statistiken zur Kindeswohlgefährdung wird mittlerweile erfasst, wenn die Kinder und Jugendlichen Eingliederungshilfe erhalten; die Statistiken weisen über alle Behinderungs- und Gefährdungsformen hinweg signifikant höhere Anteile auf.⁶³

Nach wie vor behandelt das **deutsche Sozialleistungsrecht** junge Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen nicht als junge Menschen, die etwa in Familien leben mit Geschwistern und Eltern, sondern sieht in ihnen ausschließlich kleine Menschen mit Behinderung. Mit dem **KJSG** (→ Rn. 40) hat der Gesetzgeber daher den **inklusiven Anspruch** an die Kinder- und Jugendhilfe deutlich geschärft. Selbstbestimmung und Teilhabe wurden als Ziele ergänzt (§ 1 Abs. 1, Abs. 3 Nr. 2; → § 1 Rn. 6 f., 15), der Behinderungsbegriff definiert (§ 7 Abs. 2; → § 7 Rn. 5) und die inklusive Ausrichtung als Qualitätsmerkmal und Dimension der Jugendhilfeplanung sowie Finanzierung markiert (§ 79a Abs. 1 S. 2; → § 79a Rn. 4; § 80 Abs. 2 Nr. 2 und 4; → § 80 Rn. 15; → § 81 Rn. 9; § 77 Abs. 1 S. 2; → § 77 Rn. 9; § 78b Abs. 1 Hs. 2; → § 78b Rn. 10 f.). Die Kinder- und Jugendarbeit soll inklusiv zugänglich und nutzbar sein (§ 11 Abs. 1 S. 3; → § 11 Rn. 9), auf inklusive Förderung in Tageseinrichtungen besteht ein Anspruch (§ 22a Abs. 4; → § 22a Rn. 11 f.) und die besonderen Belange bei (potenzieller) Kindeswohlgefährdung finden über die Fachberatung Berücksichtigung (§ 8a Abs. 4 S. 2; → § 8a Rn. 69 f.; § 8b Abs. 3; → § 8b Rn. 17). Die **Überwindung des exkludierend ausgestalteten Leistungssystems** durch eine Zusammenführung aller Leistungen für junge Menschen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen vom SGB IX ins SGB VIII ist gesetzlich angekündigt (§ 108; → § 108 Rn. 2; § 10 Abs. 4 Fassung ab 1.1.2028; → § 10 Rn. 46).

f) Geschlecht und sexuelle Orientierung

Junge Menschen als Adressat:innen der Kinder- und Jugendhilfe weisen **geschlechtsspezifische Unterschiede** auf. Insgesamt erleben junge Menschen bei ihrem Aufwachen im familiären und im gesellschaftlichen Raum eine sich gesellschaftlich stetig wandelnde **Rollenaufteilung zwischen Männern und Frauen**. Die Quote der Erwerbstätigkeit von Frauen ist über die letzten Jahrzehnte gestiegen, stagniert allerdings seit 2016. So lag die Erwerbsquote im Jahr 2023 bei Frauen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren bei 77,6 % (2000: 57,7 %) und bei Männern bei 84,9 % (2000: 72,8 %).⁶⁴ Alleinerziehende sind zu rund 88 % Mütter mit einer Erwerbsquote von 73 % mit höheren Wochenstunden als bei Müttern in Paarhaushalten mit 69 %.⁶⁵ Frauen sind weiterhin den Belastungen in Haus-, Erziehungs- und Familienarbeit in wesentlich größerem Maße ausgesetzt als Männer. Die gesellschaftliche und persönliche Verständigung über gewandelte Väterrollen dürfte Einfluss haben auf die emotionale und gelebte Beziehung zwischen Vätern und ihren Kindern, korreliert aber nur begrenzt mit der Realität der übernommenen Familienaufgaben.⁶⁶

Die Sozialisation der Geschlechter in Kindheit, Jugend und jungem Erwachsenenalter sehen sich junge Menschen in ihrer Interaktion mit der Umwelt sich wandelndem Bewusstsein und verändernden Optionen gegenüber.⁶⁷ **Geschlechtliche Diversität und sexuelle Orientierung** von jungen Menschen erlangen mittlerweile zunehmende Aufmerksamkeit in der Kinder- und Jugendhilfe. Die transidenten, nichtbinären und intergeschlechtlichen jungen Menschen sind ausdrücklich in den Angeboten nach SGB VIII zu berücksichtigen (§ 9 Nr. 3; → § 9 Rn. 8). Die Begleitung des Prozesses der Bewusstwerdung der geschlechtlichen Identität und damit verbundene Konflikte im Selbst, in der Familie, in Schule und Freundeskreis sowie die damit verbundenen sozialen und strukturellen Diskriminierungen werden ausdrücklich zur Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe.⁶⁸

61 Statistisches Bundesamt 2020b.

62 Tabel/Froncek KomDat 1–2/2025, 54.

63 Statistisches Bundesamt 2024, Tab. 22518–01.

64 Statistisches Bundesamt 2025.

65 BMFSFJ 2021b, 8.

66 Possinger 2013.

67 Stemmer et al. 2024.

68 Meysen/Lohse/Schönecker/Smessaert Neues KJSG/Schönecker Kap. 1 Rn. 15.

g) Religion und Weltanschauung

- 16 Schon seit dem RJWG hat die Berücksichtigung der **religiösen Erziehung** (jetzt in §9 Nr.1) eine lange Tradition. Feststellen lässt sich eine **zunehmende Säkularisierung**: Fast 47 % der Gesamtbevölkerung sind im Jahr 2024 konfessionslos, nur noch 45 % der gesamten Bevölkerung gehören einer der beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften an.⁶⁹ Religiöse Orientierung findet sich oft nur in ritualisierten Formen (zB Besuch des Weihnachtsgottesdienstes), die Bedeutung einer grundlegenden religiösen Orientierung geht weiter zurück. Für den Großteil der jungen Menschen in Deutschland haben Religion und Kirche nur eine geringe Bedeutung; etwas anders sieht es in der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus.⁷⁰ Zunehmend relevant werden religiöse oder weltanschauliche Verortungen und Fragen der Fehlsozialisation, wenn junge Menschen gruppenbezogene Abwertungs-konstruktionen, **Menschen- und Demokratiefeindlichkeit** bis hin zu gewaltbereitem Extremismus entwickeln oder wenn sie in Familien aufwachsen, bei denen andere Familienmitglieder aus ihrem Glauben entsprechende Überzeugungen ableiten.⁷¹

h) Analog-digitale Lebenswelt

- 17 Gerade junge Menschen wachsen digital-vernetzt auf.⁷² Gleicher, bezahlbarer und tatsächlicher **Zugang zu digitalen Medien** und deren kompetente Nutzung in Bildung, sozialer Teilhabe und im persönlichen Gebrauch daheim sind ein (Kinder-)Recht, das allen jungen Menschen ohne politische und kommerzielle oder anderweitige Hindernisse zu gewährleisten ist.⁷³ Eltern und weitere Erziehungspersonen, insbes. diejenigen in benachteiligten und vulnerablen Lebenslagen, sind beim Erlangen der digitalen Kenntnisse zu unterstützen, um die Kinder und Jugendlichen über mögliche Risiken in der digitalen Welt aufklären und das Wissen weitergeben zu können.⁷⁴ Bereits im Jahr 2020 verfügten fast alle Haushalte mit Kindern und Jugendlichen (99 %) über einen WLAN-Anschluss und fast alle Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 12 und 19 Jahren (98 %) im Haushalt über ein Smartphone bzw. einen Computer/Laptop.⁷⁵ Digitale Medien sind mittlerweile selbstverständlicher Teil des alltäglichen Lebens von jungen Menschen: 96 % der 12- bis 19-Jährigen besitzen ein eigenes Smartphone, 98 % nutzen es täglich. Für junge Menschen ist es normal, viel Zeit online zu verbringen; mitunter sind sie es dauerhaft.⁷⁶ Beim **Nutzungsverhalten** gehören Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsgrad vor allem zu den Gruppen der spiel- und unterhaltungsorientierten Nutzenden, während sich kommunikations- und informationsorientierte Nutzung vor allem bei Kindern von Eltern mit höherem Bildungsniveau findet.⁷⁷
- 18 Digital und analog ist für Kinder und Jugendliche kein Widerspruch, sondern gleichwertig, wobei das eine das andere nicht ersetzen kann und beides im lebensweltlichen Alltag ineinanderfließt. Digitale Kompetenzen sind allerdings keine Selbstverständlichkeit und junge Menschen fordern die gezielte Vermittlung entsprechender Kenntnisse.⁷⁸ Insoweit bieten Medien und Informationstechnologien **Möglichkeiten** und bergen **Risiken**. Die Qualifizierung im Umgang mit sozialen Medien und der Online-Welt insgesamt ist eine pädagogische Aufgabe, nicht zuletzt in Bezug auf Prozesse der Meinungsbildung, Rezeption von Information und Achtung von Interessen anderer. Nach der sog. JIM-Studie (Jugend-Information-Medien) aus dem Jahr 2020 haben 29 % der Kinder und Jugendlichen im Internet falsche oder beleidigende Sachen verbreitet, wobei Haupt- und Realschüler:innen (35 %) häufiger betroffen sind als Gymnasiast:innen (27 %).⁷⁹ Auch hinsichtlich der Online-Kompetenzen von Eltern zeigen sich signifikante bildungsbedingte Unterschiede beim Wissen darüber, wie man das Internet nutzt.⁸⁰ So haben Eltern mit niedrigem Bildungshintergrund nach ihrer Selbsteinschätzung seltener genügend Fähigkeiten im Umgang mit Medien bzw. genügend Kenntnisse in den verschiedenen Schulfächern, um das Online-Lernen ihrer Kinder zu unterstützen. Eltern mit höherer formaler

69 <https://fowid.de/meldung/religionszugehoerigkeiten-2024>, aufgerufen am 26.12.2025.

70 Simsek et al. 2018; Gensicke 2015, 251 ff.; Shell 2019, 26; Trenczek/Schmoll 2024, 76 f.

71 Brandt et al. 2024; Kadera et al. 2024; Meysen et al. 2021; Allroggen 2020; Hechler 2020; Schischka 2020.

72 15. KJB, BT-Drs. 18/11050, 273 ff.

73 Committee on the Rights of the Child 2021, CRC/C/GC/25, 2 u. 9.

74 Committee on the Rights of the Child 2021, CRC/C/GC/25, 4 u. 14.

75 Feierabend et al. 2020, 6.

76 MPFS 2023, 25; Trenczek/Schmoll 2024, 62 mwN.

77 Hasebrink et al. 2019, 47 f.; Trenczek/Schmoll 2024, 63 mwN.

78 Witzel 2020, 495 ff.

79 Feierabend et al. 2020, 61 f.

80 Hasebrink et al. 2019, 45.

Bildung stellen ihrem Kind weit häufiger weiterführende Lernmaterialien zur Verfügung, was sich besonders deutlich bei der Nutzung onlinebasierter Angebote wie kostenloser Online-Lernprogramme bzw. Online-Kurse zeigt (höher gebildet: 61 %; niedriger gebildet: 40 %).⁸¹ Es sind **Konzepte zur Unterstützung und Erwachsenenbildung** erforderlich, um insbes. Eltern mit niedrigerer formaler Bildung, niedrigem sozio-ökonomischem oder belastetem sozial-emotionalem Hintergrund zu erreichen und sie mit medienpädagogischen Angeboten zu unterstützen, zu ermutigen sowie anzuleiten,⁸² was im SGB VIII seine Anknüpfung in § 14 Abs. 2 findet (→ § 14 Rn. 6 ff.).

3. Funktionen der Kinder- und Jugendhilfe in der Gesellschaft

Kinder- und Jugendhilfe ist ein **Politikbereich**, der seit Anfang der 2000er-Jahre von einem Schattendasein in das Zentrum der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit „aufgestiegen“ ist. Mediale Berichterstattung über fehlgeschlagene Kinderschutzfälle und der Ausbau der Tagesbetreuung stehen im Mittelpunkt. Die Hilfen zur Erziehung, ihre Kosten und die Situation von Careleaver:innen haben an Aufmerksamkeit gewonnen. Der Umgang mit unbegleitet geflüchteten Kindern und Jugendlichen hat gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung erlangt. Kinder- und Jugendhilfe ist dabei „**Querschnittsaufgabe**“ und gleichzeitig Ausschnitt der Kinder- und Jugendpolitik. Diese wiederum steht der Familienpolitik gegenüber, ergänzt diese komplementär.⁸³ 19

Kinder- und Jugendhilfe hat ihren eigenständigen Auftrag und ihre **eigenständige Funktion**. Konzeption und Funktion der KJH in Deutschland sind vielgestaltig. Ihr Verständnis und ihr Auftrag sind angesiedelt zwischen den Funktionen (§ 1 Abs. 3; → § 1 Rn. 13 ff.) 20

- als ressortbezogene Leistung des Sozialgesetzbuchs,
- als Infrastruktur mit Regelangeboten (Tagesbetreuung), sozialräumlichen Angeboten und Formen der Selbstorganisation,
- als soziale Kompensations- und Kontrollinstanz sowie reaktive Intervention bei spezifischen Bedarfen im transgenerationalen Verhältnis,
- als offensive Interessenvertretung für junge Menschen und Familien im Einsatz gegen Marginalisierung und Segregation und für Teilhabe und Entwicklungschancen.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist nicht nur eigenständiges Politikfeld, sondern leistet darüber hinaus **wesentliche Beiträge** insbes. **zur gesellschaftlichen Teilhabe** und Inklusion, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur Familien-, Gleichstellungs- und Wirtschaftspolitik sowie zur Bildungspolitik.

a) Förderung der Entwicklung und Teilhabe junger Menschen

Auf der **persönlichen Ebene der jungen Menschen** als ihren Adressat:innen ist übergeordnetes Ziel die Förderung ihrer Entwicklung und ihrer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft als selbstbestimmte, eigenverantwortliche und gemeinschaftsfähige Persönlichkeiten (→ § 1 Rn. 5 ff.). Dies erfasst einerseits die Vermeidung und den Abbau von Benachteiligungen, etwa iRd Jugend- und Schulsozialarbeit (§§ 13 f.), Hilfen zur Erziehung (§§ 27 ff.), Eingliederungshilfen (§ 35a) oder Hilfen für junge Volljährige (§§ 41 f.). Andererseits inkludiert das SGB VIII auch einen allgemeinen Förderauftrag, etwa in der Tagesbetreuung (→ § 22 Rn. 8) oder in der Kinder- und Jugendarbeit (→ § 11 Rn. 7). Seine primären Ziele verwirklicht die Kinder- und Jugendhilfe auch familienorientiert (→ Rn. 7) und bezieht **Eltern und andere familiäre Beziehungspersonen** als Adressat:innen ein. Sie werden bei der Erziehung, bei Partnerschafts- und Trennungskonflikten beraten und unterstützt (→ § 1 Rn. 16; → § 16 Rn. 13 f.). Viele Hilfeleistungen, insbes. die Erziehungshilfen des SGB VIII (→ § 27 Rn. 28 ff.), richten sich (insbes. mit Blick auf die Inhaber eines Rechtsanspruchs) nicht unmittelbar an Kinder und Jugendliche, sondern vor allem an Eltern, Personensorgeberechtigte und (andere) Personen, die auf ihre Entwicklung Einfluss nehmen können. Die Kinder- und Jugendhilfe unterstützt sowohl individualisiert als auch familiensystemisch anknüpfend an die Lebenssituation und Lebenswelt der betreffenden Personen.⁸⁴ 21

81 Lampert/Thiel 2021, 26.

82 Paus-Hasebrink et al. 2019, 244 f.

83 So bereits das Konzept des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen 1998.

84 Thiersch 2020.

b) Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- 22 Im Gefolge der studentischen und außerparlamentarischen Protestbewegung in Westdeutschland gegen Ende der 1960er-Jahre hat auch die Kinder- und Jugendhilfe eine **radikale politische Kritik** erfahren. Sie hat die zudeckenden, repressiven Dimensionen der damaligen Jugendhilfepraxis angeprangert. Dies hat bleibende Spuren hinterlassen, insbes. als Frage, welchen Beitrag Kinder- und Jugendhilfe zur ideologischen und faktischen Reproduktion der bestehenden Gesellschaft leistet (**Jugendhilfe als Instanz der sozialen Kontrolle**). Dies hat in der Folgezeit zu einer größeren Sensibilität gegenüber den tatsächlichen Problemen und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen geführt. Die Auseinandersetzung damit, inwiefern Kinder und Jugendliche nicht unterstützt und gefördert, sondern aufgrund der „Hilfen“ auch nachteilige bis schädigende Wirkungen davontragen können, hat mit dem Runden Tisch Heimerziehung in den 50er- und 60er-Jahren sowie dem Runden Tisch Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich eine Initialzündung zu einer historisch aufarbeitenden Dimension erfahren.⁸⁵
- 23 Die radikalen Kritikpositionen in der Bundesrepublik haben seit Anfang der 70er-Jahre auch die fachliche Diskussion um das **sozialpädagogische Profil der Kinder- und Jugendhilfe** mitbestimmt. Von besonderer Bedeutung war die Erarbeitung allgemeiner und grundlegender Sozialisationsziele (Autonomie, Sexualität,⁸⁶ Kreativität, Produktivität, Soziabilität). Diese sollten dazu beitragen, dass sich Kinder- und Jugendhilfe auf die Sicherung von Entwicklungsbedingungen junger Menschen, auf die Realisierung von Emanzipation und auf Parteilichkeit ausrichtet.⁸⁷ Unter dem Begriff der **offensiven Kinder- und Jugendhilfe** hat diese Konzeption auf breiter Basis fachliche Diskussionen bestimmt.⁸⁸ Die Kinder- und Jugendhilfe hat das Selbstverständnis einer **Interessenvertretung für junge Menschen und ihre Familien** entwickelt. In dieser sozialanwaltlichen Funktion (→ § 2 Rn. 11) erfüllt die Kinder- und Jugendhilfe eine zentral wichtige Aufgabe in der Gesellschaft, indem sie **Segregation und Marginalisierung** entgegenwirkt. Sie sucht Orte und Räume auf, zu denen gesellschaftlich ausgegrenzte, selbstausgrenzende oder marginalisierte Gruppen Zugang haben. Sie trägt dazu bei, verlorene soziale Bezüge zu erneuern und unterstützt die Verortung sowie Anbindung im sozialen Umfeld. Einer der zentralen Faktoren für Marginalisierung ist und bleibt Armut (→ Rn. 9 f.). Die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren personenbezogenen Dienstleistungen ist nicht das Sozialleistungssystem, das Armut bekämpfen kann. Sie nimmt nur mit ihren Aufgaben der Beratung und Unterstützung bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen (§ 18 Abs. 1 u. 4) sowie den rund 500.000 **Beistandschaften** (letzte Ausgabe aus dem Jahr 2018)⁸⁹ (§ 55 iVm §§ 1712 ff. BGB) direkten Einfluss, auch wenn die Reduzierung von Armut über Kindesunterhaltszahlungen in Deutschland wegen der vollständigen Anrechnung auf Transferleistungen nur geringe Effekte zeigt.⁹⁰ Die Kinder- und Jugendhilfe steht somit vor der Aufgabe, je nach örtlichen Gegebenheiten und Lebenslagen armutsensible und damit bedarfsgerechte Angebote und Strukturen vorzuhalten, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit trotz Armut zu unterstützen.

c) Familien-, Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik

- 24 Die KJH verfolgt nach dem SGB VIII nicht nur kinder- und jugendpolitische sowie sozialleistungsrechtliche Anliegen. So hat die **Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege** seit 2004 in Westdeutschland eine gesamtgesellschaftlich hoch relevante und dynamische Entwicklung erlebt.⁹¹ Zentrale Antriebskraft für den Ausbau der Tagesbetreuung war die Forderung nach Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit und damit in erster Linie die Ermöglichung von Berufstätigkeit von Frauen. Der Gesetzgeber hat – anders als im Ausland – die Tagesbetreuung nicht der Privatwirtschaft oder dem Bildungssektor überlassen, sondern die Potenziale der Kinder- und Jugendhilfe genutzt, um nicht nur Familienpolitik, sondern vor allem auch Wirtschafts- und Gleich-

85 Rth 2010; RTKM 2011.

86 Zur Aufarbeitung des Missbrauchs „pädagogischer Konzepte“ zur Sexualität mit Kindern und Jugendlichen etwa Baader et al. 2020, Baader et al. 2024.

87 Vgl. dazu auch heute noch lesenswert zu „Inhalt und Begriff moderner Jugendhilfe“, BMJFG 1974; Hottel et al. 1978.

88 Schröder ua 2016.

89 Statistisches Bundesamt 2019.

90 Hakovirta et al. Journal of Social Policy 2020, 19.

91 Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG): BGBl. 2004 I 3852; Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK): BGBl. 2005 I 2729; Kinderförderungsgesetz (KiFöG): BGBl. 2008 I 2403; Gute Kita-Gesetz: BGBl. 2018 I 2696; Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG): BGBl. 2021 I 4602.

Stichwortverzeichnis

Fette Zahlen verweisen auf Paragraphen bzw. Vorbemerkungen, magere Zahlen auf Randnummern. Der Zusatz Anh. verweist auf die Anhänge

- § 1631b BGB **42** 49
- § 1712 BGB **50** 5
- § 88 FamFG **50** 7
- Abänderung
 - familiengerichtliche Entscheidung **Anh. 50** 54
- Abhilfe **Anh. II** 62
- Abschiebung **6** 29
- Abstammungssachen **Anh. 50** 68 ff.
 - Anhörung **Anh. 50** 69
 - Beteiligte **Anh. 50** 69
- Abstimmung der Angebote **13** 16
- Abtretung von Ansprüchen **78b** 29
- Abweichendes Verhalten
 - Episodenhaftigkeit **Vor 50–52** 20
- Achtung des Privat- und Familienlebens
 - EMRK **18** 20
- Adaptionsbehandlung **10** 12
- Adoption **Anh. 50** 72 ff.
 - Aufenthaltsermittlung **51** 24
 - Ausland **51** 4
 - Datenschutz **Anh. 50** 74
 - Einwilligung **51** 5 ff.
 - Einwilligung der Eltern **Anh. 50** 75
 - Ersetzung der Einwilligung **37c** 15, **51** 5 ff., **Anh. 50** 75
 - Formen **Anh. 50** 74
 - Fremdkindadoption **Anh. 50** 81
 - Inkognito-Adoption **Anh. 50** 74
 - internationale **51** 4, **Anh. 50** 80
 - offene **Anh. 50** 74
 - Prüfung der Möglichkeit **37c** 14 ff.
 - Stiefkind **Anh. 50** 81
 - Vollzeitpflege **33** 5
- Adoptionspflege **44** 14, **Anh. 50** 73
- Adoptionssachen **Anh. 50** 71
- Adoptionsverfahren
 - Anhörung der Beteiligten **Anh. 50** 79
 - Anhörung des JA **51** 17 ff.
 - Aufenthaltsermittlung **51** 24, **Anh. 50** 76
 - Belehrung **51** 18 ff.
 - Belehrungspflichten des Jugendamts **Anh. 50** 75
 - Beratung **51** 28 ff.
 - Beratung und Belehrung durch das Jugendamt **Anh. 50** 81
 - Einwilligung des Kindes **Anh. 50** 78
 - Ersetzung der Einwilligung **Anh. 50** 75
 - fachliche Äußerung des Jugendamts **Anh. 50** 82
 - freie Träger **51** 42
 - internationale Adoption **Anh. 50** 80
 - Mitwirkung des Jugendamts **Anh. 50** 81
 - Stellungnahme des Jugendamts **Anh. 50** 82
 - Verfahrensbeistand **Anh. 50** 79, 87
 - Zuständigkeit im Ersetzungsverfahren **51** 41
- Adoptionsvermittlung **Anh. 50** 81
 - Datenschutz **61** 19 f.
- Adoptionsvormundschaft
 - örtliche Zuständigkeit **87c** 12
- Adressaten **18** 7 ff.
- AdVermiG **51** 42, **Anh. 50** 81
- AdWirkG **Anh. 50** 80
- AKJStat **Vor Kap. 9** 9
- Akten
 - Anordnung der Herausgabe **64** 103
 - Archivierung **9b** 34
 - Beschlagnahme **64** 103
 - Löschung **9b** 29
- Aktenaufbewahrung
 - Fallanalyse **79a** 11
 - Rechtsnachfolge **9b** 32
- Akteneinsicht **Vor 50–52** 29, **Anh. II** 29
 - Adoptionsvermittlungsstelle **61** 111
 - Allgemeiner Sozialer Dienst **61** 91
 - anvertraute Daten **61** 99
 - anvertraute Sozialdaten **9b** 19
 - ärztliche Vermittlung **9b** 22
 - Aufarbeitung **9b** 5 ff.
 - Aufbewahrungsfrist **9b** 27 f.
 - Beistandschaft **61** 111
 - berechtigtes Interesse **9b** 13 ff.
 - Beteiligter **61** 96
 - Eingliederungshilfe **61** 112
 - Einschränkung **9b** 16 ff.
 - Einwilligung **61** 101
 - elektronische Akten **9b** 26
 - fachliche Begleitung **61** 103
 - fachliche Vermittlung **9b** 23
 - Freie Träger **9b** 11
 - Klage **61** 104 ff.
 - Kopien **9b** 25
 - Modalitäten **9b** 21
 - nach pflichtgemäßem Ermessen **61** 109 f.
 - nicht zur Sorge berechtigter Elternteil **61** 96
 - Ort **9b** 24
 - Pflegeeltern **61** 97
 - Pflegschaft des JA **61** 111
 - rechtliches Interesse **9b** 14

- Schutz Dritter **61 99**
- Sozialdatenschutz qua Vertrag **61 200**
- Sperrerklärung **61 105 ff.**
- Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe **61 115**
- Umfang **61 103**
- Verwaltungsgericht **Anh. II 72**
- Vormundschaft des JA **61 111 f.**
- Vormundschaftsakte **9b 20**
- Akteneinsichtsrecht
- familiengerichtliches Verfahren **Anh. 50 9**
- Aktentrennung **63 11**
- Aktualisierung von Sozialdaten
- Anspruch **61 140**
- Akzeptanz
- Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren **Vor 50–52 14**
- Alleinerziehende **18 9, 19 7**
- gemeinsame Wohnformen **19 2**
- Alleinerziehendenfamilie **Einl. 9**
- Alleinsorge **17 20**
- rechtliche **18 9**
- tatsächliche **18 9**
- Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie
- Ausgestaltung **16 2**
- objektive Rechtsverpflichtung **16 3**
- Allgemeine Verwaltungsvorschriften
- Einsicht **61 108**
- Allgemeine Vorschriften **2 9**
- Allparteilichkeit **17 41 ff.**
- Alltagsorientierung **Einl. 38**
- Allzuständigkeit
- Fachberatung nach § 8b **8b 6**
- insoweit erfahrene Fachkraft **Anh. I 102**
- Schutzauftrag nach § 8a **8a 10**
- Alter
- differenzierte Berücksichtigung **9 5**
- Altersdiagnostik **42 8 f., 42f 1 ff. s.**
- Alterseinschätzung
- Alterseinschätzung
- ärztliche Untersuchung **42 9, 42f 8 ff.**
- Ausweisungspapiere **42f 5 f.**
- Dokumentation **42f 8**
- Dolmetscher **42f 4**
- Inaugenscheinnahme **42f 6 f.**
- körperliche Merkmale **42f 7**
- körperliche Untersuchung **42f 10**
- Mitwirkungspflicht **42f 12 f.**
- rechtliche Vertretung **42f 3**
- Rechtsschutz **42f 15**
- Röntgenuntersuchung **42f 11 f.**
- Selbstauskunft **42f 4**
- Sozialdatenschutz **42f 6**
- Standards, fachliche **42f 2 ff.**
- Verhältnismäßigkeitsprinzip **42f 9**
- Vertrauensperson **42f 3**
- Vier-Augen-Prinzip **42f 4**
- wiederholte **42f 14**
- Altersfeststellung **42 8, 42f 1 s.**
- Altersdiagnostik s. Alterseinschätzung
- Altersphasen **Einl. 4 ff.**
- Alterssicherung
- der Pflegeperson **39 26 f.**
- Tagespflege **23 36, 38, 57 ff.**
- Ambulante Leistungen **77 2**
- bei Eingliederungshilfe **35a 58**
- Schutzkonzept **35a 58**
- Ambulante sozialpädagogische Angebote (ASA)
- freie Träger **52 57**
- Jugendhilfe im Strafverfahren **52 44**
- Amt **Anh. II 11**
- Amtsermittlung **Anh. II 25**
- Familiengericht **Anh. 50 4**
- gerichtliche **Vor 50–52 31**
- Gewaltschutzsachen **Anh. 50 85**
- Verwaltungsgericht **Anh. II 73**
- Amtshaftung **24 73 ff., 78e 7, Anh. II 23**
- Amtshaftungsanspruch **39 27**
- Amtshilfe **42 5, Vor 50–52 36, 64 54, Anh. II 13**
- Archiv **64 71**
- auf Ersuchen **64 56**
- Ausländerbehörde **64 74**
- Behörden der Gefahrenabwehr **64 64, 85**
- bei Hilfeplanung **36 46**
- Betreuungsgericht **64 86 f.**
- Definition **Anh. II 13**
- Erstattungsanspruch **64 62**
- Familiengericht **64 85**
- Gesundheitsbehörde **64 69 f.**
- Meldebehörden **64 72**
- Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren **87b 4**
- ohne Ersuchen **64 58, 68**
- Rechnungsprüfung **64 81**
- SGB-Stelle **64 59**
- Strafgericht **64 88**
- Übermittlungsbefugnis **64 57**
- Ampflegschaft **55 1**
- Entlassung **57 30**
- Geeignetheit **57 30**
- örtliche Zuständigkeit **87c 9 ff.**
- Schutzauftrag **8a 12**
- Amtssprache **Anh. II 20 f.**
- Amtsvormund **Vor Kap. 3 5**
- Amtsvormundschaft **50 5, Anh. II 8**
- Delegation **57 18**
- des Jugendamts **55 1**
- Entlassung **57 30**

- Geeignetheit 57 30
- örtliche Zuständigkeit 87c 3 ff.
- Übertragung 55 41 f.
- Amtsvormundschaft kraft Gesetzes 57 3 ff.
- Adoption 57 4
- Babyklappe 57 8
- Bescheinigung 57 9
- Ende 57 14
- minderjährige Mutter 57 5 ff., 15 ff.
- vertrauliche Geburt 57 7
- Anamnese **Vor 50–52 23**
- Andere Aufgaben **Einl. 37, Vor Kap. 3 1 ff., 3 16**
- Begriff 2 4
- Beteiligung freier Träger 76 1 ff.
- freie Träger 2 8, **Vor Kap. 3 6**
- Leistungsanteile 2 5
- öffentliche Träger **Vor 50–52 14**
- öffentlich-rechtlicher Charakter **Vor 50–52 14**
- sui generis **Vor Kap. 3 2**
- übertragungsfähige Aufgaben 76 5
- Andere Träger 3 11
- Anerkennung als freier Träger 75 1 ff.
- Anerkennungsantrag 75 21
- Bedeutung fachlicher Standards 75 13
- Ermessen 75 15 f.
- gemeinnützige Ziele 75 11 f.
- Grundsätze der AG OLB 75 20
- juristische Personen 75 6
- Kirchen- und Religionsgemeinschaften 75 18
- Leistungsfähigkeit 75 13
- nicht unwesentlicher Beitrag 75 13
- nicht von Einzelpersonen 75 6
- Personenvereinigungen 75 6
- privilegierende Wirkung 75 5
- räumliche Reichweite 75 19
- Rechtsanspruch nach mehrjähriger Tätigkeit 75 17
- Relevanz 75 4
- Selbsthilfegruppen 75 8
- selbstorganisierte Gruppen 75 8
- Verfassungsgewähr 75 14
- Voraussetzungen 75 6 ff.
- Widerruf der Anerkennung 75 21
- Wohlfahrtsverbände 75 18
- Zuständigkeit/Verfahren 75 20 f.
- Anfechtung der Vaterschaft **Anh. 50 68**
- Anfechtungsklage 78g 18
- aufschiebende Wirkung **Anh. II 66**
- Anfechtungswiderspruch **Anh. II 56 ff.**
- Angebote
- Koordination 36a 38
- Angebote Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
- Gestaltungsspielraum/Ausgestaltung 14 12
- Angebotsformen
- Unterscheidungen 11 24
- Vielfalt 11 25
- Angelegenheiten des täglichen Lebens 7 4, 27 29
- Angemessenheit
- Kostenbeitrag 94 3 f.
- Anhaltspunkte, gewichtige 8a 15 ff., **Anh. I 94, 120**
- Bekanntwerden 8a 19
- Merkmalslisten 8a 17
- Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdung **9b 13**
- Anhörung
- Abstammungssachen **Anh. 50 69**
- des JA **Vor 50–52 31**
- des Kindes 18 33
- im Umgangsverfahren 18 33
- Anhörung des JA 50 3
- im Adoptionsverfahren **Anh. 50 82**
- Anhörung des Jugendamts
- Abstammungssachen **Anh. 50 24**
- Adoptionssachen **Anh. 50 24**
- Gewaltschutzsachen **Anh. 50 24**
- Kindschaftssachen **Anh. 50 24**
- Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren **Anh. 50 24**
- Stellungnahme **Anh. 50 33**
- Anhörungspflicht **Anh. II 28 ff.**
- Amtshaftung 78e 7
- Hauptbeleger 78e 5
- Leistungsvereinbarung 78e 6
- Anlaufstelle 9a 5
- Anleitung ehrenamtlich Tätiger 73 5 f.
- Anmeldeentscheidung 42b 3
- Anmeldefristen 24 65
- Annahme als Kind **Anh. 50 71 ff.**
- Annexleistungen 13 30, **Vor 27–41 1, 39 3**
- Empfehlungen des Deutschen Vereins 39 22
- Krankenhilfe 40 1
- Unterhalt 39 1
- Anonyme Geburt **Anh. 50 74**
- Anonymisierung von Sozialdaten
- Definition 64 14 ff.
- Anordnungscompetenz
- Verhältnis zum FamG 36a 15 ff.
- Verhältnis zum JugG 36a 21 ff.
- Anregungsfunktion
- Empfehlungen 83 4
- parlamentarische Anfragen 83 4
- Positionen 83 4
- Publikationen 83 4
- Veranstaltungen 83 4

- Anregungs- und Förderfunktion
– der Länder **82** 1
– des Bundes **83** 1
- Anrufung des FamG
– Jugendkriminalität **52** 16
- Anrufung des Familiengerichts **8a** 39 ff.
– Verfahrenskosten **Anh. 50** 16
– Verpflichtung des JA **50** 1
- Ansprechstellen
– Eingliederungshilfe **35a** 100
- Anspruch **Anh. II** 1
– auf Neuverhandlung **78d** 4
– soziale Dienstleistung **Vor 74** 1
- Anspruchsberechtigung
– Akteneinsicht **9b** 12 ff.
- Antrag **Anh. II** 24
– Eingliederungshilfe **35a** 16
- Antragserfordernis **Anh. II** 24
– Hilfen zur Erziehung **27** 36
- Antragsprinzip **17** 21
- Anvertraute Daten **18** 50
– Datenempfänger **65** 7
– Definition **65** 10
– Einwilligung **65** 4
– Entwicklungsbericht **65** 47
– Familiengericht **65** 27
– Familiengerichtshilfe **65** 19
– Gefährdungsabschätzung **65** 32
– Gefährdungseinschätzung **65** 20
– Heimbericht **65** 47
– Hilfeplanung **65** 20
– Informationsgeber **65** 14
– Jugendhilfe im Strafverfahren **52** 27, **65** 21
– Kindeswohlgefährdung **65** 27
– Minderjähriger **65** 26, 38
– Notstand **65** 35
– Rechnungsprüfung **65** 41
– Schweigepflichtiger **65** 9, 33, 48
– Übermittlung **65** 1 f., 22
– Verlängerung des Sozialdatenschutzes **65** 44
– Weitergabe **65** 1, 4, 22
- Anwalt des Kindes **Anh. 50** 87 ff.
- Anwaltszwang **Anh. II** 71, 80 f., 85, 88
– Befreiung des Jugendamts **Anh. 50** 16
- Anwesenheit
– Fachkraft des JA **50** 11
- Anzeige geplanter Straftat **64** 69
- Anzeigepflicht **8a** 52
- Arbeiterwohlfahrt **3** 10
- Arbeitgeber
– Fragerecht **72a** 30
- Arbeitsagentur
– Netzwerk Kinderschutz **Anh. I** 38
- Arbeitsförderung
– Vorrang-Nachrang **10** 7
- Arbeitsgemeinschaft der Obersten
Landesjugend- und Familienbehörden **82** 3
- Arbeitsgemeinschaften **78** 1 ff.
– Beschlüsse **78** 7
– Zusammensetzung **78** 5 f.
- Arbeitsrecht
– Führungszeugnis **72a** 40
– Kündigungsschutz **72a** 41 f.
- Arbeitsverhältnis (Tagespflege) **23** 54 ff.
- Arbeitsverwaltung
– in Hilfeplanung **36** 32
- Arbeitsweisungen **52** 45
– Steuerungsverantwortung **36a** 28
- Archivierung
– Akten **9b** 34
- Armut **Einl.** 9
- Ärztliche Untersuchung
– Alterseinschätzung **42f** 9 ff.
- ASA **Vor 27–41** 22 f.
– Diversion **Vor 27–41** 23
– Finanzierung **Vor 27–41** 24
– Leistungsvoraussetzungen **Vor 27–41** 23 f.
– Rechtsstellung der Eltern **Vor 27–41** 23
– Zielgruppe **Vor 27–41** 24
- Assistenzleistungen **18** 41, **35a** 85 ff.
– einfache Assistenz **35a** 86
– Poolen von Leistungen **35a** 95 f.
– qualifizierte Assistenz **35a** 86
– Selbstbestimmungsrecht **35a** 86
- Asylantrag
– unbegleitete minderjährige Ausländer
42 33, **42a** 13
- Asylbewerber **6** 21
– örtliche Zuständigkeit **86** 22 f.
- AsylbLG
– Eingliederungshilfe, Verhältnis **35a** 15
- Asylgesetz (AsylG) **6** 23
- Asymmetrie
– Hilfebeziehungen **Anh. II** 2, 26
- Atypische Hilfen
– Hilfen zur Erziehung **27** 16
- Aufarbeitung
– Abgrenzung zur Fallanalyse **9b** 4
– Akteneinsicht **9b** 5 ff.
– Anspruchsberechtigte **9b** 12 ff.
– Begriff **9b** 1 ff.
– Einrichtungen/Dienste **9b** 6
– gesellschaftliche **9b** 3
– Grundrecht **9b** 2
– institutionelle **9b** 3
– persönliche **9b** 1
– Vormundschaft **9b** 8

- Aufbewahrung
– Vormundschaftsakten **9b 31**
- Aufbewahrungsfrist
– Akten **9b 27 f.**
- Aufenthalt
– aus humanitärem Grund **6 26**
– Ermittlung im Adoptionsverfahren **Anh. 50 76**
– geduldeter **6 29**
– gewöhnlicher **6 4 ff., 86 1 ff.**
– rechtmäßiger **6 23 ff.**
– tatsächlicher **6 4 ff., 86 9**
– wegen Ausbildung **6 24**
– wegen Beschäftigung **6 25**
– wegen Studium **6 24**
- Aufenthaltsbestimmungsrecht
– Hilfe zur Erziehung **27 13**
- Aufenthaltsurlaubnis **6 23 ff.**
- Aufenthaltsgesetz (AufenthG) **6 22 f.**
- Aufenthalts gestattetung **6 28**
- Aufforderung
– Vereinbarungen **78g 6**
- Aufgaben
– andere **2 4**
– Begriff **2 1 ff.**
– ganzheitlich **2 5**
– hoheitliche **2 4**
– öffentlich-rechtliche **2 4**
– Pflicht **2 6**
- Aufgabenabgrenzung
– Bund und Länder **82 1**
- Aufgabenverantwortung
– Bund **Anh. I 125**
- Aufgabenwahrnehmung
– Auslagerung **69 15**
- Aufgabenzuweisung **Vor Kap. 2 4**
- Aufhebung der Erlaubnis
– Ermessen **45 54**
– Rechtsschutz **45 58**
– strukturelle Kindeswohlgefährdung **45 55**
– zwingende Aufhebung **45 53**
- Aufklärung
– Kinder und Jugendliche **8 5**
- Aufklärungspflicht **Anh. II 4**
- Auflagen
– Beispiele **45 41**
– Steuerungsverantwortung **36a 26 ff.**
– Zuverlässigkeit des Trägers **45 22**
- Aufnahmequote **42c 1 ff.**
- Aufschiebende Wirkung
– Anfechtungsklage **Anh. II 66**
- Aufsicht, Rechtsaufsicht **Anh. II 51**
- Aufsichtsbeschwerde **Anh. II 53**
- Auftragsverarbeiter
– Sozialdatenschutz **61 46**
- Aufwendungsersatz
– Anspruch **24 70**
– bei Selbstbeschaffung **36a 55**
– Führungszeugnis **72a 44 f.**
- Ausbildung **Einl. 10**
– außerbetriebliche **Einl. 10**
- Ausbildungsmaßnahmen
– Hilfe zur Erziehung **27 21**
- Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote
– arbeitsmarktintegrierende Leistungen **13 24**
– Formen **13 24**
– individueller Zuschnitt **13 24**
– sozialpädagogisches Profil **13 24**
- Ausfallbürgschaft **10 2**
– Eingliederungshilfe **35a 43**
– Kostenerstattung **35a 43**
- Ausfallzeiten (Kindertagespflegeperson) **23 42**
- Ausführungsgesetze der Länder **15 1 f.**
– Förderung **15 3 f.**
– Landesrechtsvorbehalt **71 22 f.**
- Ausgehverbot **34 16**
- Ausgleichsfunktion **82 6**
- Aushandlungsprozess **80 9**
- Auskunft
– Anspruch **61 116**
– Antrag **61 121 ff.**
– Ausländerzentralregister **66 1**
– Beistandschaft **68 47**
– Beistandschaft des Jugendamts **68 42 ff.**
– Daten mit Doppelbezug **61 117**
– Daten mit Drittbezug **61 117**
– Form **61 131 ff.**
– Frist **61 134**
– Inhalt **61 117 ff.**
– Pflegschaft des Jugendamts **68 42 ff.**
– Rechtsgrundlage **61 116**
– Schadensersatz **61 137**
– Schutz Dritter **62 53**
– Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe **61 138**
– Verpflichtungsklage **61 136**
– Vormundschaft des Jugendamts **68 42 ff.**
- Auskunftsbezugnis **18 31**
- Auskunftsersuchen **Anh. II 25**
- Auskunftserteilung
– Schranken **61 124 ff.**
- Auskunftspflicht **98 12, Anh. II 4**
– besondere Verpflichtung **97a 8**
- Auskunftspflicht in der Kostenbeteiligung **97a 1 ff.**
– allgemeine **97a 2 ff.**
– Anwendungsbereich, persönlicher **97a 2**

- Arbeitgeber **97a 9**
- Auskunftsverweigerungsrecht **97a 10**
- Datenschutz **97a 3 f.**
- Gegenstand und Umfang **97a 4 ff.**
- Kostenbeteiligung nach § 90 **97a 5**
- Kostenbeteiligung nach § 91 **97a 6**
- Rechtsschutz **97a 11**
- zur Pflegegeldberechnung **97a 7**
- Auskunftspflicht und Auskunftspflichtige **102 1 ff.**
- Änderung durch das GaFöG **102 2**
- effektiver Austausch **102 3**
- Auskunftsrecht **9b 21, Vor 50–52 29**
- Auslagen **97c 1 ff.**
- Erhebung von Gebühren und Auslagen **97c 1 f.**
- Ausland
- Zuständigkeit bei Aufenthalt im **86 15, 88 1 ff.**
- Ausländer **6 7 f.**
- Begriff **42 17**
- Definition **42a 3**
- EU-Bürger **42a 6**
- gewöhnlicher Aufenthalt **86 5**
- Inobhutnahme **42 16 f.**
- Leistungsanspruch **6 30**
- Minderjährige **6 13 ff., 42 16 f., 42a 1 ff.**
- Offenbarungspflicht des JA **6 33 ff.**
- Sprache **Anh. II 20 f.**
- Ausländerbehörde
- Mitteilungspflicht **6 33 ff.**
- Ausländerzentralregister
- Auskunft **66 1**
- automatisierter Abruf **66 1**
- Auslandsadoption **51 4, Anh. 50 80**
- Auslandsbezug
- anwendbares Recht **Anh. 50 3**
- Brüssel IIb-Verordnung (Brüssel IIb-VO) **Anh. 50 3**
- internationale Zuständigkeit **Anh. 50 3**
- Auslandsleistungen **38 1 ff.**
- Anzeigepflicht **38 10**
- Beendigung **38 15**
- Betriebslaubnis **38 6**
- Einrichtung **38 14**
- Fachkräftegebot **38 8**
- Meldepflichten **38 16 ff.**
- Qualitätsvereinbarung **38 9**
- Zuständigkeit **88 1 ff.**
- Auslandsmaßnahmen **38 1 ff.**
- Auslegung
- unbestimmte Rechtsbegriffe **Anh. II 37**
- Aussagegenehmigung **Vor 50–52 34, 52 29**
- Aussetzung des Verfahrens
- Familiengericht **Anh. 50 31**
- Ausstattung
- digitale **79 27**
- personelle **79 27 ff.**
- Austausch, interkollegialer
- Ärzte/Ärztinnen **Anh. I 115**
- Auswahlermessen
- Eingliederungshilfe **35a 107**
- Ausweisung **6 31 f.**
- Babyklappe **42 23, 57 8, Anh. 50 75**
- Zuständigkeit bei anonymer Geburt **86 15**
- Barbetrag **39 11 ff., 78a 3**
- Anspruchsinhaber **39 4, 13**
- Kürzung **39 14**
- Barrierefreiheit
- Beratung **8 14**
- junge Menschen mit Behinderungen **9 9**
- Beamtenverhältnis **72a 42**
- Beendigung **72a 42**
- Beaufsichtigung
- elterliche Aufsicht **72a 17**
- Führungszeugnis **72a 17**
- Bedarf **27 5 ff., 78b 20**
- Bedarfsermittlung
- Tagesbetreuung **24 12**
- Bedarfsgerechtigkeit
- Niedrigschwelligkeit **36a 38 f.**
- Bedarfskriterien
- Tagesbetreuung **24 26 ff.**
- Bedarfsplanung
- Tagesbetreuung für Schulkinder **24 58**
- Beendigung
- Leistung **86 11**
- Befangenheit **17 43, 71 26 ff.**
- Befristung
- Eingliederungshilfe **35a 107**
- Befugnis
- Jugendamt **Vor Kap. 3 3**
- Beginn der Leistung, vor
- örtliche Zuständigkeit **86 13**
- Begleiteter Umgang **18 40 ff.**
- Steuerungsverantwortung **36a 19 ff.**
- Begleitperson
- Kostentragung **18 43**
- Begründung des gewöhnlichen Aufenthalts **86 2 ff.**
- Begründungspflicht
- Gerichte **Vor 50–52 32**
- Begutachtung **52 22**
- Behindertenrechtskonvention **35a 5 f.**
- Behinderung **Einl. 12, Vor 27–41 14 ff., 80 15**
- Begriff **Vor 27–41 15, 35a 47**

- Berücksichtigung bei Qualitätsentwicklung **79a 4**
- Fachberatung im Kinderschutz **8a 70**
- Schutzbedürfnisse **8b 17**
- Behinderungsbegriff **7 5**
- Defizitorientiert **35a 34**
- Behörde
- Jugendamt **Anh. II 11**
- Pflichten **Anh. II 4**
- Behördenbestimmung **Einl. 27**
- Beihilfe **39 16**
- Beihilfenrecht, europäisches **74 33 ff.**
- Altmark-Trans-Entscheidung **74 44**
- Beihilfe **74 36 ff.**
- De-minimis-Beihilfen **74 42**
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse **74 44 ff.**
- Gemeinnützigkeitsprivilegien **74 35**
- innergemeinschaftlicher Handel **74 41**
- Prüfungspflicht **74 43**
- Steuervergünstigungen **74 39**
- Unternehmensbegriff **74 38**
- wettbewerbsverzerrende Wirkung **74 39**
- Beiordnung Rechtsanwalt **Anh. II 89**
- Familiengerichtliches Verfahren **17 38 f.**
- Beistand **52 18, Anh. II 8, 17**
- im Verwaltungsverfahren, bei Hilfeplanung **36 24**
- Beistandschaft **18 12, 50 5, 55 5, Anh. 50 70**
- Amtsführung **56 2 f.**
- Amtshilfe **68 18**
- Antrag **55 11 f.**
- Aufgaben **55 10**
- Auskunft **68 47**
- Auswahl der Fachkraft **55 46**
- Beginn **55 11**
- Datenerhebung **68 11 ff.**
- Datenübermittlung **68 16 ff., 20 ff., 26 ff.**
- Ende **55 15**
- Haftung **55 82 f.**
- örtliche Zuständigkeit **87c 13**
- Schutzauftrag **8a 12**
- Unterhaltsvorschusskasse **68 20 ff.**
- Vormundschaftsverein **54 1**
- Zuständigkeit **55 14**
- Beistandschaft des Jugendamts
- Archivierung **68 38**
- Auskunft **68 42 ff.**
- Datenspeicherung **68 36**
- Rechnungsprüfung **68 39 f.**
- Beitragsstufen **Anh. 94 4 ff.**
- teilstationäre Leistungen **Anh. 94 6 f.**
- vollstationäre Leistungen **Anh. 94 4**
- Beitrittsregelung **78f 6**
- Belastungen **93 20 ff.**
- Abzugsfähigkeit **93 24 ff.**
- Benennung, ausdrückliche **93 23**
- nachgewiesene **93 22**
- Pauschalabzug **93 21**
- Belehrung
- Adoptionsverfahren **51 18 ff.**
- Beleiung **76 2 f.**
- medizinische Kinderschutzhotline **Anh. I 133**
- Benachteiligung
- Abbau **1 14**
- Hilfe zur Erziehung **27 7**
- Beratende Mitglieder **71 23**
- Beratung **17 1, 18 1 s.** Trennungs- und Scheidungsberatung
- abgebender Eltern **51 1**
- Adoptionsverfahren **51 28 ff.**
- allparteiliche **17 15 f.**
- Barrierefreiheit **8 14**
- bei der Ausübung der Personensorge **18 1 ff.**
- bei der Ausübung des Umgangsrechts **18 1 ff., 23**
- bei der Geltendmachung von Unterhalt **18 8, 13**
- Datenschutz **17 50 ff.**
- Definition **17 7**
- des nichtehelichen Vaters **51 1**
- ehrenamtlich Tätiger **73 5 f.**
- Eingliederungshilfe **35a 100**
- elternunabhängige **8 9**
- Erziehungsberatung **28 1**
- fachliche **17 7**
- fachliche Standards **Anh. II 5**
- Fachlichkeit **17 5**
- gerichtliche Anordnung **17 31, 33 f.**
- Hinweispflicht des Familiengerichts **Anh. 50 19**
- in Erziehungsfragen **18 10**
- Inhalte **18 5**
- in Hilfeplanung **36 7**
- Jugendhilfe im Strafverfahren **52 6**
- Kinder und Jugendliche **8 8 ff.**
- Konzept **17 11 ff.**
- mediative **17 13**
- minderjährige Mutter **52a 3**
- Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren **17 46**
- Mutter **52a 2**
- Neuordnung **17 27 ff.**
- nicht sorgeberechtigter Vater **51 34 ff.**
- Niedrigschwelligkeit **8 12**
- Ombudsstellen **9a 5, 7**
- Organisation **17 5**
- Organisatorische Rahmenbedingungen **17 49**
- Pflicht zur **9a 18**

- Rechtsanspruch **10a 3, 17 1, 6, 10**
- Rechtsberatung **Anh. II 5**
- Samenspender **51 34 ff.**
- über Mediation **17 31**
- Verhältnis der unterschiedlichen
Beratungsverpflichtungen **36 7 ff., 14 f.**
- Vertraulichkeit **17 50**
- Volljähriger **18 48 ff.**
- vorgeburtlich **52a 15**
- Beratungsanspruch
- Eltern **37 3 ff.**
- Kindertagespflegeperson **23 46 ff.**
- Beratungshilfe **18 5**
- Beratungspflicht **9a 18**
- Adressat:innen **10a 4**
- Amtspflichtverletzung **10a 3**
- Form **10a 5**
- Mängel in der Einrichtung **45 46**
- örtliche Zuständigkeit **10a 9**
- Regelbeispiele **10a 7**
- Unterstützung **10a 8**
- Vertrauensperson **10a 6**
- Zeitpunkt **10a 2**
- Beratung und Unterstützung **116**
- Beratung von Trägern
- sachliche Zuständigkeit **85 2**
- Bereitschaftsdienst
- Inobhutnahme **42 56**
- U-Haftvermeidung **52 38**
- Bereitschaftspflege **33 9, 42 25**
- Bericht **Vor 50–52 19 ff.**
- Berichterstattung
- Jugendhilfe im Strafverfahren **52 31**
- Berichtigung von Sozialdaten
- Anspruch **61 139 f., 143, 157**
- Klage auf **61 157**
- Mitteilung **61 143**
- Werturteil **61 141**
- Berichtspflichten
- Ganztag für Schulkinder **24 60**
- Berufliche Eingliederung **10 8**
- rechtlicher Rahmen **13 13**
- Verhältnis zur Hilfeplanung **36 31 f.**
- Berufsausbildungsbeihilfe
- Vorrang **10 9**
- Berufsausübungsfreiheit
- Tagespflege **23 4**
- Berufsfreiheit **45 3**
- Tagespflege **23 3**
- Berufsheimnisträger
- Einbezug in Gefährdungseinschätzung
8a 28 ff.
- Schutzauftrag **Anh. I 81 ff.**
- Berufsheimnisträger:innen
- Rückmeldepflicht **Anh. I 112 ff.**
- Berufsvormund **53 5, 10**
- Berufung **Anh. II 80**
- des Leiters des JA **71 17**
- Beschäftigung **72a 1, 3, 5**
- Beschäftigungsverbot **72a 1**
- Beschlagnahme von JA-Akten **52 30**
- Beschleunigungsgebot **17 32**
- familiengerichtliches Verfahren **Anh. 50 31**
- Beschleunigungsrüge **Anh. 50 35**
- Beschwerde
- Vollzeitpflege **37b 5**
- Beschwerdemanagement **79a 5 f.**
- Beschwerdemöglichkeiten **9a 17, Anh. II 52**
- interne **9a 19**
- Ombudsstellen **9a 7**
- Vollzeitpflege **33 17**
- Beschwerdeverfahren in Einrichtungen **8b 16**
- Besonderer Bedarf
- Tagespflege **24 52 ff.**
- Bestandserhebung **80 10**
- best interest of the child **Anh. 50 91**
- Besuchsbeihilfen
- Eingliederungshilfe **35a 92**
- Beteiligte
- familiengerichtliches Verfahren
Anh. 50 8 ff.
- Verwaltungsverfahren **Anh. II 14 ff.**
- Beteiligung **4a 1, 79a 5, 84 4, Anh. II 18**
- altersgerechte **8 5**
- an anderen Aufgaben **76 1 ff.**
- Barrierefreiheit **8 14**
- bei der Fallübergabe **8a 83 f.**
- Betätigungsrecht der freien Träger **76 11**
- durch Vertrag **76 6**
- Eltern **4 21**
- Ermessen **76 3**
- Erziehungsberechtigte **22a 5**
- Herstellung von Beteiligungsfähigkeit **36 9**
- in der Hilfeplanung **36 6 ff.**
- in Einrichtungen **8b 10 ff., 15**
- Inobhutnahme **76 5**
- Kinder und Jugendliche **4 21, 8 1 ff., 17 24 ff.,
36 19 ff.**
- koordinationsrechtlicher Vertrag **76 2**
- Letztverantwortung des öffentlichen Trägers
76 10
- nicht sorgeberechtigte Eltern **36 27 ff.**
- öffentlich-rechtlicher Vertrag **76 2**
- PSB **36 19 ff.**
- Rechtsnatur **76 2 f.**
- Rechtsschutz **76 9**
- Schriftform **76 7 ff.**

- Verwaltungsakt 76 4
- von Mj. Vor 27-41 5
- Zuständigkeit 76 7
- Beteiligung JA am Gesamtplanverfahren 10a 11 ff.
- Ablauf 10a 12
- Absprachen 10a 16
- Ausnahmen 10a 13 ff.
- Rolle JA 10a 12
- Beteiligung von Kindern/Jugendlichen 17 24 ff.
- Aussagen von Kindern 17 25
- Einsichtsfähigkeit von Kindern 17 25
- Betreute Wohnform 34 1 s. Heimerziehung
- Einrichtung 78a 2
- Betreuung
- Führungszeugnis 72a 18
- Betreuungsgeld 16 1
- Betreuungshelfer 30 9
- Betreuungshilfe
- Einzelbetreuung 30 1
- Statistik 30 2
- Betreuungspflicht im Strafverfahren 52 39
- Betreuungsumfang 24 29, 37 ff.
- Kindeswohl 24 29
- Promotion 24 27
- Betreuungsunterhalt 18 1, 13 ff.
- bei Umgangsverweigerung 18 47
- Betreuungsvertrag 23 50
- Betreuungsweisung im Rahmen der Diversion 30 10
- Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen 20 1 ff.
- Alter des Kindes 20 4
- berufliche Gründe 20 6
- betreuender Elternteil 20 2 f.
- ehrenamtliche Personen 20 10
- erzieherische Unterstützung 20 8
- Erziehungsberatung 20 11
- Haushaltsführung 20 8
- Leistungsvoraussetzungen 20 3 ff.
- niedrigschwelliger Zugang 20 11
- Notsituation 20 5
- Patinnen und Paten 20 10
- Zweck 20 3, 8
- zwingende Gründe 20 5
- Betreuung und Versorgung in Notsituationen
- Erziehungsberatungsstellen 28 13
- Betriebserlaubnis 45 1 ff.
- Anspruchsvoraussetzungen 45 17 ff.
- Auslandsleistung 38 6
- Beschwerdemöglichkeiten 45 34
- betriebsbezogene Voraussetzungen 45 25
- Buch- und Aktenführung 47 10 ff.
- Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten 47 10 ff.
- Erlaubniserteilung 45 15 ff.
- erlaubnisfreie Einrichtung 45 8
- fachliche Qualifikation 45 28
- fachliche Voraussetzungen 45 26
- freiheitsentziehende Unterbringung 45 26
- Gesundheit 45 33
- Gewährleistungskriterien 45 17
- Gewaltschutzkonzept 45 34
- Informationspflichten der öffentlichen Träger 47 13 ff.
- Integration 45 32
- Mängel 46 18
- Mindestausstattung 45 30
- Nachmittagsbetreuung 45 9, 11
- nachträgliche Auflagen 45 47
- örtliche Zuständigkeit 87a 2 f.
- personelle Voraussetzungen 45 28 ff.
- positive Eignungsfeststellung 45 16
- Prüfung der Einrichtung 46 3 ff.
- räumliche Voraussetzungen 45 26
- Rechtsanspruch 45 15 ff.
- rechtskräftige Verurteilung 45 29
- Rücknahme 45 52 ff.
- sachliche Zuständigkeit 85 4
- Tätigkeitsuntersagung 48 1 ff.
- Überprüfungspflicht 46 4
- Überprüfungsrecht 46 4
- Vereinbarungen 45 16
- Verfahren der Selbstvertretung 45 34
- Wegfall der Voraussetzungen 45a 22
- Widerruf 45 52 ff.
- wirtschaftliche Voraussetzungen 45 27
- Zuständigkeit, örtliche 45 59
- Zuständigkeit, sachliche 45 59
- Zuverlässigkeit des Trägers 45 18 ff.
- Betriebserlaubnisbehörden
- kooperative Zusammenarbeit 46 7
- Betriebsnotwendige Anlagen 78c 7, 17
- Betroffenenbeteiligung 80 12
- Betroffenerhebung
- bei Dritten mit Einwilligung 62 18
- Familie 62 25
- Informationspflichten 62 26 ff.
- Internet 62 23
- Unmöglichkeit 62 38
- Beurkundung 59 1
- Bereiterklärung zur Annahme 59 22
- Betreuungsunterhalt 59 21
- Kindesunterhalt 59 18
- Mutterschaft 59 17
- örtliche Zuständigkeit 87e 1
- Prüfungsumfang 59 12 ff.
- Sorgeerklärung 59 25
- Vaterschaft 59 10 f.

- Widerruf der Einwilligung in Annahme **59** 23
- Beurteilungsspielraum **41** 34, **Anh. II** 37, 79
- § 88 Abs. 2 FamFG **50** 7
- Anrufung des FamG **8a** 40
- Eingliederungshilfe **35a** 107
- Hilfe zur Erziehung **27** 42 f.
- Bewährungshilfe **52** 52
- Beweislast **Anh. II** 27
- bei Selbstbeschaffung **36a** 56
- Beweismittel
- Gerichtsverfahren **Anh. II** 75
- Bewerbungsverfahrensanspruch **74** 26
- Beziehung **34** 21
- Beziehungskompetenzen **16** 13 ff.
- Bildung **Einl.** 10
- Begriff **Einl.** 25
- Medien **Einl.** 18
- soziale Herkunft **Einl.** 10
- Tagesbetreuung **22** 19
- Bildungsauftrag **Einl.** 25
- Bildungs- und Teilhabepaket
- Vorrang-Nachrang-Verhältnis **10** 44 f., 47
- Bildungsverständnis, offenes und breites **11** 18
- Bio-psychosoziales Modell **7** 5
- Blankoeinwilligung **61** 82
- Brüssel II b-Verordnung **38** 3
- Brüssel IIb-Verordnung (Brüssel IIb-VO) **Anh.** 50 3
- Brüssel IIb-VO **6** 10
- BTHG **36b** 7 ff., **108** 7 ff.
- Jugendhilfespezifika **108** 9
- Buch- und Aktenführung **47** 10 ff.
- Budgetassistenz **35a** 63
- Budgetierung **79** 14
- Bund
- Gesetzgebungskompetenz **Einl.** 26
- Bundesagentur für Arbeit
- in Hilfeplanung **36** 31 f.
- Bundesbehörde
- Förderkompetenz **83** 2
- Funktion **83** 1
- Bundeselternvertretung **83** 13
- Bundesfonds **Anh. I** 65 ff., 69
- Bundesinitiative **Anh. I** 70 f.
- Ehrenamt **Anh. I** 74
- Evaluation **Anh. I** 79
- Familienhebamme **Anh. I** 73
- Förderfähigkeit **Anh. I** 72
- Freiwillige **Anh. I** 74
- Gesundheitspfleger **Anh. I** 73
- innovative Maßnahmen **Anh. I** 76
- Kinderkrankenpfleger **Anh. I** 73
- Kündigung Beirat **Anh. I** 80
- Mittelverteilung **Anh. I** 77
- Nationales Zentrum Frühe Hilfen **Anh. I** 77
- psychosoziale Unterstützung **Anh. I** 73
- Steuerungsgruppe **Anh. I** 78
- Verwaltungsvereinbarung **Anh. I** 71 ff.
- Bundesinitiative **Anh. I** 65 ff.
- Fonds **Anh. I** 69 f.
- Netzwerk Frühe Hilfen **Anh. I** 70
- Bundesjugendkuratorium **83** 12
- Bundeskinderschutzgesetz (BKSchG) **17** 27
- Fachberatung **8b** 1 ff.
- Fallübergaben **86c** 4
- Kindeswohlgefährdung **8a** 5
- KKG **Anh. I** 1 ff.
- Qualitätsentwicklung **79a** 1 ff.
- Runder Tisch Heimerziehung **45** 6
- Sonderzuständigkeit bei Dauerpflege **86** 20
- Tätigkeitsausschluss **72a** 1 ff.
- Unterhalt **39** 21
- werdende Eltern **16** 13
- Bundesländer **9a** 2
- Regelungskompetenzen **Einl.** 27
- Bundesnetzwerk Ombudschaft **9a** 3
- Bundesrecht **Einl.** 35
- Bundesstatistik **98** 1 ff.
- Bundesstatistikgesetz
- Teil der amtlichen Statistik **Vor Kap. 9** 4
- Bundesteilhabegesetz (BTHG) **35a** 7 f.
- Bundeszentrale für Kinder-und Jugendmedienschutz **14** 8
- Bundeszentrale Organisationen **83** 7
- Bundeszentralregistergesetz **72a** 26
- Bürgerschaftliches Engagement **73** 2 ff.
- Careleaver **Einl.** 5 f., **41a** 1
- Unterhaltssicherung **36b** 6
- Caritasverband **3** 10
- Charta EU **18** 20
- Clearing **42** 27 ff.
- Clearingstelle
- Jugendamt **Vor Kap. 3** 4
- Jugendhilfe im Strafverfahren **52** 42
- Coming-Back-Option **Vor 27–41** 17, **41** 15
- Co-Produzent **Anh. II** 26
- Co-Produzierende **Einl.** 36
- Corona
- Kindertagespflege **23** 45
- Umgangsrecht **18** 19
- Dachverband **12** 1
- Datenerhebung **Vor Kap. 9** 1
- Jugendhilfe im Strafverfahren **52** 23 f.